



Jahresbericht 2016

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Lagebericht 2016	2
A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Stadt-Sparkasse Solingen	2
B. Wirtschaftsbericht	3
C. Chancen- und Risikobericht	11
D. Prognosebericht	18
Bericht des Verwaltungsrates	21
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016	22
Jahresbilanz	23
Gewinn- und Verlustrechnung	25
Anhang zum Jahresabschluss 2016	26
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	26
Erläuterungen zur Bilanz	30
Mitarbeiter/-innen	40
Verwaltungsrat	41
Vorstand	42
Länderspezifische Berichterstattung	45
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	46

Lagebericht 2016

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Stadt-Sparkasse Solingen

Rechtsnatur, Träger

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger ist die Stadt Solingen.

Mitgliedschaft im RSGV

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. angeschlossen.

Sicherungseinrichtungen

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen, welches als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt ist.

Das System besteht aus 13 Sicherungseinrichtungen, durch die die deutschen Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen gegenseitig für ihren Fortbestand einstehen:

- den elf regionalen Sparkassenstützungsfonds,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Das wichtigste Ziel des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden (freiwillige Institutssicherung). Auf diese Weise soll die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkungen fortgeführt und ein Entschädigungsfall vermieden werden. Der gesetzlich gemäß EinSiG geforderte Erstattungsanspruch für Einlagen der Kunden bis zu einer Höhe von 100.000 Euro (gesetzliche Einlagensicherung) stellt im Sicherungssystem der Sparkassen somit nur eine reine Rückfalllösung dar.

Grundlagen der Geschäftstätigkeit, Geschäftsmodell

Die Stadt-Sparkasse Solingen betreibt alle banküblichen Geschäfte (insbesondere Kreditgeschäft, Kontoführung, Einlagengeschäft, Wertpapier- und Depotgeschäft, Zahlungsverkehr u. Ä.) auf der Grundlage ihrer Satzung und der Sparkassengesetzgebung für NRW. Danach versteht sich die Stadt-Sparkasse Solingen als Universalkreditinstitut für Privatkunden sowie kleinere und mittlere Unternehmen aus Solingen und Umgebung. Das Geschäftsmodell basiert dabei auf einem engen persönlichen Kontakt zu den Kunden und einer umfassenden intensiven, individuellen und persönlichen Kundenansprache.

Unternehmenszweck, öffentlicher Auftrag, Regionalprinzip

Gemäß § 2 SpkG NRW hat die Stadt-Sparkasse Solingen der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebiets und ihres Trägers zu dienen.

Entsprechend ihres öffentlichen Auftrags stärkt sie den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördert die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Die Stadt-Sparkasse Solingen trägt zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei. Die Kreditversorgung dient - entsprechend dem gesetzlichen Auftrag - vornehmlich der Kreditausstattung des Mittelstands sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.

Die Geschäfte der Stadt-Sparkasse Solingen sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht der Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2016 um real 1,9 % und damit in ähnlicher Größenordnung wie in den beiden vorangegangenen Jahren. Im Jahresverlauf 2016 hatte es zunächst ein gutes erstes Halbjahr gegeben, dem jedoch im dritten Quartal ein Plus von nur 0,1 % folgte. Zum Jahresende hat die Konjunktur in Deutschland dann wieder deutlich an Schwung gewonnen.

Positive Wachstumsimpulse kamen 2016 vor allem von den Konsumausgaben, die allein 1,8 %-Punkte zum BIP-Wachstum beitrugen. Die privaten Konsumausgaben wurden wie bereits 2015 um 2 % ausgeweitet. Die gute Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation wirkte wie in den Vorjahren konsumfördernd. Darüber hinaus spielte sicherlich das niedrige Zinsniveau eine wichtige Rolle, das eine alternative Erhöhung der Sparleistung unattraktiv erscheinen lässt. Die Sparquote blieb auf dem Niveau des Vorjahrs (9,7 %). Auch die staatlichen Konsumausgaben wurden 2016 mit einem Plus von 4,0 % deutlich ausgeweitet.

Die Bruttoanlageinvestitionen trugen wie bereits in den beiden Vorjahren positiv zum Wachstum bei, diesmal mit 0,5 %-Punkten. In Summe wurde 2016 2,3 % mehr investiert als 2015. Dabei fällt jedoch eine Verschiebung im Vergleich zum Vorjahr auf. Nach einem schwachen Jahr 2015 für Bauinvestitionen ging es in 2016 wieder kräftig nach oben mit einem Plus von 3,0 %. Vor allem im Wohnungsbau nahm die Bautätigkeit kräftig zu (+4,2 %). Aber auch in andere Bauten wurde 2016 mehr investiert, nachdem es hier 2015 noch Rückgänge gegeben hatte. Bei den Ausrüstungsinvestitionen hingegen wurde der gute Wert aus 2015 (+3,7 %) verfehlt und lediglich ein Wachstum von 1,1 % verzeichnet.

Der Außenhandel nahm in 2016 weiter zu. Da aber die deutschen Exporte mit 2,6 % weniger stark stiegen als die Importe, die um 3,7 % zunahmen, fiel der Außenbeitrag, d. h. der Wachstumsbeitrag des Außenhandels, negativ aus (-0,2 %).

Der langanhaltend positive Trend auf dem deutschen Arbeitsmarkt setzte sich auch im vergangenen Jahr fort. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte einen neuen Höchststand. Im Jahresdurchschnitt waren 43,5 Mio. Menschen in Deutschland erwerbstätig, über 400 Tsd. bzw. 1 % mehr als in 2015.

Das Volkseinkommen ist 2016 um 3,3 % gestiegen und somit etwas schwächer als 2015 (3,8 %). Dabei nahmen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (+3,0 %) schwächer zu als die Arbeitnehmerentgelte (+3,5 %). Nach einem kräftigen Plus von 3,1 % in 2015 legte das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in 2016 nochmals deutlich um 2,8 % zu.

Eine Trendwende hat es im vergangenen Jahr möglicherweise bei der allgemeinen Preisentwicklung gegeben. In 2016 lag die Inflationsrate mit einem Plus von 0,5 % nochmals sehr niedrig, aber erstmals seit 2011 wieder leicht über dem Wert des Vorjahrs (+0,3 %). Deutlicher als der Jahresdurchschnitt fiel jedoch die Preissteigerung im Jahresverlauf aus. Nachdem die Preisdynamik im ersten Halbjahr 2016 mit Werten zwischen -0,1 % und +0,5 % noch gering ausfiel, wurden im Herbst Preissteigerungen von 0,7 %/ 0,8 % erreicht (jeweils im Vergleich zum Vorjahresmonat). Im Dezember führten deutlich gestiegene Energiepreise zu einer Inflationsrate von +1,7 % - eine höhere Rate hatte es zuletzt 2013 gegeben. Auch insgesamt war die Energiepreisentwicklung erneut der wesentliche Bestimmungsfaktor für die Preisentwicklung.

2016 war ein turbulentes Börsenjahr. Sein Jahresplus von etwa 6,5 % hat der DAX vor allem in den letzten Wochen des Jahrs gemacht. Noch im Februar war er unter die 9000er Marke gerutscht. Die Anfang des Jahrs noch schwelende chinesische Börsenkrise scheint zum Jahresende 2016 so gut wie vergessen. Das gleiche gelte für den Austritt der Briten aus der Europäischen Union und die Sorge über die Politik der USA unter dem neuen Präsidenten Donald Trump. Besonders erstaunlich sei die Erkenntnis, dass die Marktteilnehmer sich nicht von diesen überraschenden Ereignissen nachhaltig aus der Ruhe haben bringen lassen.

Die regionale Wirtschaft behauptet sich in bewegten Zeiten; sie zeigt sich zum Jahresende 2016 weiterhin in guter Verfassung. 45 % der Unternehmen halten ihre Geschäftslage für gut, weitere 40 % für befriedigend. Nur 15 % sind unzufrieden. Über eine verbesserte Wirtschaftslage berichteten die Kreditwirtschaft, der Handel und das Verkehrsgewerbe, gewisse Rückschläge mussten die sonstigen Dienstleister und die jetzt im Vergleich der Wirtschaftszweige hinten liegende Industrie hinnehmen. Während die Umsätze im IHK-Bezirk überwiegend gestiegen sind, stagnierten die Erträge.

1.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Deutsche Bundesbank berichtet zur Ertragslage der deutschen Kreditwirtschaft: (Da zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts keine aktuelleren Daten vorlagen, beziehen sich die Ausführungen im folgenden Textabschnitt auf das Jahr 2015.)

Die anhaltend niedrigen Zinsen haben dazu geführt, dass die deutschen Banken, deren Erträge traditionell stark vom Zinseinkommen abhängen, die Fristentransformation stark ausgebaut haben. Der Anteil der Sichteinlagen von Nichtbanken bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken habe sich seit 2008 nahezu verdoppelt. Auf der Aktivseite kam es zu einer spürbaren Ausweitung der Kreditvergabe an Privatkunden, insbesondere für den Wohnungsbau. Die zunehmend längerfristige Zinsbindung auf der Aktivseite, verbunden mit der Laufzeitverkürzung auf der Passivseite, führe zu einem erhöhten bilanziellen Fristentransformationsrisiko.

Das negative Zinsumfeld schlug sich insbesondere bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken in einer rückläufigen Entwicklung der Zinsspanne nieder. Während diejenigen Institute, die sich nicht primär über Einlagen finanzieren, von der extrem expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank profitierten, litten die Banken mit klassischem Bankgeschäft darunter, dass sich die deutsche Zinsstrukturkurve weiter abflachte und nach unten verschob. Aufgrund der durch den Wettbewerb sowie geschäftspolitische Überlegungen für die Passivseite vorgegebenen „Nullzinsgrenze“ im Privatkundengeschäft werde sich der Druck auf einlagenstarke Institute noch verstärken, so die Bundesbank. Daher seien Anpassungen in der Konditionengestaltung oder der Finanzierungsstruktur zu erwarten.

Angesichts der Zinssituation komme dem Provisionsergebnis als zweitwichtigster Einkommensquelle eine immer größere Bedeutung zu. Es verbesserte sich im gesamten deutschen Bankensektor. Insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken konnten ihre Provisionserträge auf neue Höchstwerte steigern. Das Provisionsgeschäft trug hier rund ein Fünftel zu den operativen Erträgen bei (Großbanken ca. ein Drittel).

Die Verwaltungsaufwendungen – der größte Punkt auf der Ausgabenseite – stiegen in absoluten Zahlen auf einen neuen historischen Höchststand. Gemessen an der Bilanzsumme lagen die Verwaltungsaufwendungen jedoch auf dem langfristigen Durchschnitt. Maßgebliche Ursachen für die Kostensteigerungen waren Tariflohnsteigerungen, der Mehraufwand für die Erfüllung neuer regulatorischer Vorgaben und die erstmals nach den neuen europäischen Vorgaben erhobene europäische Bankenabgabe.

Die geringen Kosten für die Kreditrisikovorsorge hatten bereits in den Vorjahren die Ertragslage gestützt und lagen weiterhin auf einem historisch niedrigen Niveau. Ursächlich waren die positive gesamtwirtschaftliche Lage sowie eine „gute Portfolioqualität“. Seit Einführung der Insolvenzordnung 1999 lag die Zahl der Unternehmensinsolvenzen noch nie niedriger, und bei den Verbraucherinsolvenzen kam es im fünften Jahr in Folge zu einem Rückgang. Die Betriebsergebnisse würden weit ungünstiger ausfallen, entspräche das Bewertungsergebnis dem langjährigen Durchschnitt.

Die Widerstandsfähigkeit des deutschen Bankensektors beurteilt die Bundesbank durch die in den letzten Jahren deutlich verbesserte Eigenkapitalausstattung aktuell als hoch. Die Solvenz und Liquidität der deutschen Banken und Sparkassen stehe außer Frage. Aber Fristentransformation und die aktuell niedrigen Ausfallraten im Kreditgeschäft – beides könnte schnell umschlagen. Daher sei es umso wichtiger, mit einer ausreichenden Kapitalisierung dafür zu sorgen, dass die Banken diese möglichen Schocks abfangen können. Die Bundesbank empfiehlt zudem, dass die Banken über eine Anpassung ihrer Geschäftsmodelle nachdenken sollten und auch Fusionen, eine Ausdünnung des Filialnetzes und weitere Einsparungen in Betracht ziehen sollten.

Die Geschäftsentwicklung der rheinischen Sparkassen war im Jahr 2016 geprägt von einer moderaten Belebung des Kreditgeschäfts und gleichzeitig von sehr stark steigenden Kundeneinlagen.

Das Kundenkreditvolumen erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2015 um 0,6 %. Überdurchschnittliche Wachstumsimpulse gingen erneut vom Kreditgeschäft mit Firmenkunden sowie vom privaten Wohnungsbau aus. Demgegenüber kam es bei Konsumentenkrediten und bei Krediten an öffentliche Haushalte zu weiteren Bestandsrückgängen.

Das anhaltend stabile Wirtschaftswachstum und nach wie vor extrem günstige Finanzierungsbedingungen trugen wesentlich zu der steigenden Kreditnachfrage der Firmenkunden bei. Der Zuwachs im Kreditgeschäft mit Privatpersonen fiel demgegenüber 2016 im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringer aus. Während im Konsumentenkreditgeschäft Bestandsrückgänge zu verzeichnen waren, gab es im Kreditgeschäft mit privaten Wohnungsbaukrediten weitere Zuwächse. Die weiterhin hohen privaten Konsumausgaben wurden bei gestiegenen Realeinkommen und unverändert niedriger Sparneigung aus laufenden Einkommen und damit zu Lasten des Konsumentenkreditgeschäfts finanziert. Vor dem Hintergrund historisch niedriger Zinsen erwies sich zwar auch im Jahr 2016 das Geschäft mit privaten Wohnungsbaukrediten als Wachstumstreiber im Kreditgeschäft der Sparkassen. Mit einem Plus von 1,8 % wurde der hohe Zuwachs aus 2015 (+2,7 %) jedoch deutlich verfehlt. Die teils restriktiven Regelungen der im März 2016 in Kraft getretenen Wohnimmobilienkreditrichtlinie (WohnImmoRI) dürften maßgeblich für den gebremsten Bestandszuwachs in 2016 verantwortlich sein.

Das Darlehensneugeschäft entwickelte sich insgesamt schwächer als im Jahr 2015. Während im Teilsegment der Unternehmen und Selbstständigen die historischen Höchststände aus 2015 nur knapp unterschritten wurden, kam es bei Privatpersonen zu einem spürbaren Rückgang der Darlehenszusagen. Bei gleichzeitigem Wachstum des Kreditbestands impliziert diese Entwicklung ein rückläufiges Volumen an (Sonder-)Tilgungen und Umschuldungen.

Der Zuwachs der Einlagen bei den rheinischen Sparkassen hat sich in 2016 deutlich verstärkt. Der Gesamtbestand der Kundeneinlagen erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2015 um 3,8 %. Dies bedeutet trotz historisch niedriger Einlagenzinssätze den höchsten prozentualen Zuwachs seit dem Jahr 2001. Mögliche Quellen des starken Einlagenwachstums sind hohe Zuwächse bei laufenden Einkommen, Verkäufe bzw. Fälligkeiten im Wertpapiergeschäft und schließlich auch steigende Volumina der Umschichtungen aus anderen Bankengruppen zu den Sparkassen. Die Verschiebungen in der Struktur der Kundeneinlagen zugunsten liquider Einlageformen hielten angesichts der Fortsetzung der extremen Niedrigzinsphase auch in 2016 an. Der Gesamtbestand der täglich fälligen Einlagen erhöhte sich um 9,7 %. Während der Bestand der normal verzinsten Sichteinlagen um 14,2 % stieg, verzeichneten höher verzinsten täglich fällige Gelder ein Plus von „lediglich“ 4,7 %. Zum Jahresende 2016 stieg der Anteil der täglich fälligen Einlagen an den gesamten Kundeneinlagen auf 56,9 % und damit auf einen neuen Höchststand. Erneut kam es zu starken Bestandsrückgängen bei Eigenemissionen und Termingeldern. Der Block der Spareinlagen zeigte sich in seiner Gesamtheit demgegenüber kaum verändert. Im Vergleich der einzelnen Sparformen gab es hingegen stärkere Verschiebungen. Während die normal verzinsten Spareinlagen erneut einen hohen Zuwachs verzeichneten, verringerte sich in annähernd gleichem Umfang der Bestand der höher verzinsten Spareinlagen. Die größten Mittelabflüsse gab es hier wie bereits im Vorjahr im Bereich der Einmalanlagen. Vor dem Hintergrund der mangelnden Bereitschaft der Kunden zu längerfristigen (bilanzwirksamen) Geldanlagen hielt auch im Jahr 2016 der Abfluss bei den Eigenemissionen an. Das Gesamtvolumen verringerte sich um 10,5 %. Sparkassenbriefe wiesen ein Minus von 18 % auf, das Volumen der Inhaberschuldverschreibungen ging um 6,8 % zurück. Allein bei den von einigen Sparkassen emittierten Pfandbriefen konnte ein Bestandszuwachs von 1,5 % verzeichnet werden. Die Termineinlagen verzeichneten ebenfalls erneut große Abflüsse. In 2016 kam es zu einem Bestandsrückgang in Höhe von 16 %. Der Bestand verringerte sich bei allen Kundengruppen. Die Umsätze im Kunden-Wertpapiergeschäft der rheinischen Sparkassen fielen im Jahr 2016 wieder deutlich unter das Niveau der Vorjahre. Der gesamte Wertpapierumsatz erreichte mit 15,1 Mrd. Euro den niedrigsten Wert seit dem Ende der 1990er Jahre.

Im Jahr 2016 haben die inländischen Privatpersonen bei den rheinischen Sparkassen zusätzliches Geldvermögen im Volumen von 4,29 Mrd. Euro gebildet. Einen höheren Wert hatte es zuletzt im Jahr 2001 gegeben.

2. Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Stadt-Sparkasse Solingen zeigte im Jahr 2016 einen zufriedenstellenden Verlauf.

Bilanzwirksames Geschäft

Bilanzsumme

Das bilanzwirksame Geschäft wurde 2016 erneut spürbar ausgeweitet. Die Bilanzsumme nahm um 64,5 Mio. Euro zu. Entsprechend dem öffentlichen Auftrag der Sparkassen dominiert das Kundengeschäft sowohl die Aktivseite der Bilanz (75,7 %) als auch die Passivseite (80,3 %).

Kreditgeschäft

Das Kreditgeschäft der Stadt-Sparkasse Solingen hat 2016 wie schon in den Vorjahren von der andauernden Niedrigzinsphase profitiert. Die Sparkasse konnte die Kreditvergabe an Kunden – wie prognostiziert – deutlich ausweiten. Das Kreditvolumen nahm gegenüber 2015 um ca. 8,2 % zu. Damit ist die Entwicklung bei der Stadt-Sparkasse Solingen deutlich positiver als im Durchschnitt der rheinischen Sparkassen ausgefallen. Getragen wurde dies insbesondere von dem Kreditgeschäft mit Privatpersonen und Unternehmen und Selbstständigen. Doch auch das Kreditvolumen der öffentlichen Haushalte ist anders als erwartet gestiegen.

Das Konsumentenkreditgeschäft der Stadt-Sparkasse Solingen wies ein moderates Wachstum von 1,7 % auf. Diese Entwicklung entspricht der Prognose und ist auf die Marktpositionierung der Sparkasse zurückzuführen. Das Wohnungsbaukreditgeschäft konnte aufgrund der günstigen Finanzierungsbedingungen mit 8,7 % noch stärker als erwartet ausgeweitet werden. Das Wachstum in diesem Bereich bewegt sich auf dem Niveau von 2015.

Auch die Firmenkunden der Stadt-Sparkasse Solingen haben die günstigen Finanzierungsbedingungen erneut genutzt. Zwar waren kurzfristige Kredite nochmals deutlich rückläufig (-12,0 %), mittel- und langfristige Kreditvergaben für Investitionen verzeichneten hingegen wieder deutliche Steigerungen (+14,5 % bzw. 9,2 %).

Eigenanlagen

In 2016 waren die Anlagen in Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren erneut rückläufig (-13,2 Mio. Euro bzw. -4,6 %), während die Anlagen in Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sich ungefähr auf dem Niveau des Vorjahrs bewegten (+0,4 %). Der Rückgang der gesamten Eigenanlagen ist auf die Ausweitung des Aktivgeschäfts mit Kunden sowie auf erhöhte Mittelabflüsse zurückzuführen. Fällige Wertpapiere dienten dabei der Rückführung bestehender Verbindlichkeiten. Vor dem Hintergrund der Neuausrichtung der Vermögensallokation wurden Neuanlagen zurückgestellt.

Wertpapiere von Emittenten wirtschaftsschwacher Euro-Staaten hielt die Stadt-Sparkasse Solingen ausschließlich über Spezialfonds in Höhe von 28,0 Mio. Euro.

Einen Überblick bietet die folgende Tabelle:

	Staatsanleihen	Anleihen von Kreditinstituten/ Unternehmen		davon: gesichert	Aktien	Summe
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Anzahl Schuldner	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Griechenland	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0,0
Irland	0,0	2.257,4	5	1.844,5	334,2	2.591,6
Italien	3.070,1	7.688,4	16	3.953,0	1.318,5	12.077,0
Portugal	0,0	109,2	1	0,0	0,0	109,2
Zypern	0,0	0,0	0	0,0	0,0	0,0
Spanien	2.650,4	7.681,0	11	6.184,3	2.877,6	13.209,0
Insgesamt	5.720,5	17.736,0	33	11.981,8	4.530,3	27.986,8

Aufgrund des geringen Volumens und der breiten Streuung des Engagements sind hier keine erhöhten Risiken zu erkennen.

Einlagengeschäft

Die Kundeneinlagen konnten mit +6,9 % (120,9 Mio. Euro) noch stärker als 2015 ausgeweitet werden. Damit fällt das Einlagenwachstum bei der Stadt-Sparkasse Solingen für das Jahr 2016 noch stärker aus als im Durchschnitt der rheinischen Sparkassen. Diese Entwicklung entspricht nicht der Prognose, die aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und den damit verbundenen geringen Sparanreizen von einem eher rückläufigen Bestand an Kundeneinlagen ausgegangen war. Erwartungsgemäß ist jedoch der Trend zur Anlage in liquiden Anlageformen ungebrochen. Bei den täglich fälligen Einlagen betrug die Zunahme im Jahresverlauf 2016 127,3 Mio. Euro. Auch die Spareinlagen entwickelten sich in 2016 erneut positiv (+29,4 Mio. Euro), wohingegen sie sich im Durchschnitt der rheinischen Sparkassen etwa auf dem Niveau von 2015 bewegten. Termingelder haben kaum noch eine Bedeutung. Durch Fälligkeiten im Jahresverlauf ist der Bestand an Eigenemissionen in 2016 nochmals deutlich zurückgegangen (-26,4 Mio. Euro). Alles in allem besteht also vor dem Hintergrund des historisch niedrigen Zinsniveaus bei der Stadt-Sparkasse Solingen wie auch bei anderen Instituten weiterhin ein Trend zur Anlage in kurzfristig verfügbaren Anlageformen. Dies gilt sowohl für Firmen- als auch für Privatkunden. Privatkunden „parken“ ihre Gelder jedoch nicht mehr nur überwiegend als täglich fällige Sichteinlagen, sondern auch als normalverzinsten Spareinlagen.

Vorsorge

Aufgrund der insgesamt noch guten Ertragslage, die unter Punkt B.3.1 erläutert wird, konnte die Stadt-Sparkasse Solingen erneut Vorsorge für die besonderen Risiken im Bankgewerbe treffen.

	2016 Tsd. Euro	2015 Tsd. Euro	Veränderung in Tsd. Euro	Veränderung in %
Bilanzsumme	2.340.749	2.276.259	64.490	2,8
Kreditgeschäft (insgesamt)	1.770.943	1.637.458	133.485	8,2
Eigenanlagen				
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	274.491	287.654	-13.163	-4,6
- Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	157.076	156.456	620	0,4
Einlagen von Kunden	1.878.984	1.758.063	120.921	6,9
- Spareinlagen	688.440	659.040	29.400	4,5
- Andere Verbindlichkeiten	1.190.544	1.099.023	91.521	8,3
Inhaberschuldverschreibungen	5.825	7.198	-1.373	-19,1
Sicherheitsrücklage (einschl. Bilanzgewinn)	148.410	146.006	2.404	1,6
Fonds f. allgemeine Bankrisiken (nach § 340g HGB) ²⁾	69.571	64.732	4.839	
¹⁾ einschl. Handelsbestand				
²⁾ davon Ansparung für Erste Abwicklungsanstalt (EAA): 7.300 Tsd. Euro				

Nicht bilanzwirksames Kundengeschäft

Wie auch im Durchschnitt der rheinischen Sparkassen war das Wertpapiergeschäft in 2016 nach einer leichten Erholung 2015 wieder deutlich rückläufig. Der Wertpapierumsatz ist insgesamt um 20,5 % zurückgegangen (festverzinsliche Wertpapiere -10,9 %, Aktien -30,2 % und Investmentfonds -23,9 %). Insbesondere die Potenziale im Fondsgeschäft als langfristige Anlageform konnten aufgrund der Verunsicherung der Anleger nicht realisiert werden.

Auch der Absatz im Lebensversicherungsgeschäft hat sich – anders als erwartet – rückläufig entwickelt (- 11,1 %). Das Bauspargeschäft hingegen hat sich noch positiver entwickelt als prognostiziert. Der Absatz ist um 44,0 % gestiegen (Bausparsumme + 20,3 Mio. Euro).

Nicht bilanzwirksames Eigengeschäft

Die Stadt-Sparkasse Solingen hat im Rahmen der Steuerung bzw. Sicherung von Zinsänderungsrisiken Deckungsgeschäfte in Form von Swappeschäften abgeschlossen. Dabei wurde das Volumen in 2016 deutlich verringert. Details zu Art und Umfang der Geschäfte können dem Anhang entnommen werden, Details zur Risikosteuerung dem Teil C des Lageberichts.

3. Darstellung und Analyse der Lage

3.1 Ertragslage

Die Ertragslage der Stadt-Sparkasse Solingen war in 2016 insgesamt noch gut. Trotz des wie erwartet gesunkenen Zinsüberschusses konnte ein Jahresergebnis annähernd auf dem Niveau von 2015 erreicht werden.

Das Zinsgeschäft stellt – gemessen am Anteil der Gesamterträge bestehend aus den GuV-Posten 1 bis 9 – mit 69,6 % die wichtigste Ertragsquelle der Stadt-Sparkasse Solingen dar. Die langanhaltende Niedrigzinsphase spiegelt sich in der Entwicklung des Zinsergebnisses wider. Es entwickelte sich mit -3,8 % bzw. -2,1 Mio. Euro etwas stärker rückläufig als erwartet. Trotz des gestiegenen Volumens an Kundeneinlagen ist zwar der Zinsaufwand durch die in großen Teilen erfolgte Anlage in kurzfristigen Anlageformen rückläufig. Gleichzeitig aber sind die Zinserträge durch das sehr niedrige Marktzinsniveau ebenfalls rückläufig. Die Ausweitung des Volumens im Kundenkreditgeschäft konnte die Reduzierung der durchschnittlichen Verzinsung nicht kompensieren.

Das Provisionsergebnis hat einen Anteil von 22,0 % an den Gesamterträgen und bildet damit die zweite große Ertragsquelle der Stadt-Sparkasse Solingen. Es konnte gegenüber 2015 nicht wie erwartet gesteigert werden. Die positive Entwicklung im Bauspargeschäft konnte die deutlichen Rückgänge im Wertpapier- und Lebensversicherungsgeschäft nicht kompensieren.

Wie auch im Jahr 2015 wurde 2016 zum Jahresende der Handelsbestand vollständig verkauft. Während dadurch 2015 ein geringer Verlust realisiert wurde, konnte 2016 durch eine deutlich günstigere Börsensituation, verbunden mit einer aktiveren Handelstätigkeit, ein Gewinn von 484 Tsd. Euro realisiert werden.

Die Gesamterträge waren 2016 um 2,1 Mio. Euro oder 2,6 % gegenüber 2015 rückläufig, was insbesondere im gesunkenen Zinsergebnis begründet liegt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge setzen sich aus einer Vielzahl von Einzelpositionen zusammen. Beide Posten sind in 2016 gestiegen, wobei die Aufwendungen mit 13,9 % (592 Tsd. Euro) deutlicher zunahm als die Erträge mit 3,3 % (200 Tsd. Euro). Von besonderem Gewicht ist auf der Aufwandsseite die Bildung einer Rückstellung für Rechtsrisiken. Darüber hinaus gab es im Berichtsjahr 2016 keine nennenswerten Einzelpositionen.

Der Verwaltungsaufwand hat sich entgegen der Prognose in 2016 besser entwickelt als erwartet und bewegt sich ungefähr auf dem Niveau von 2015 (-154 Tsd. Euro oder -0,3 %). Zwar stiegen in 2016 insbesondere die Aufwendungen für Auslagerungen und Vermittlungsprovisionen im Aktivgeschäft, wohingegen der Personalaufwand rückläufig war.

Aufgrund der zuvor beschriebenen Entwicklungen bewegt sich der betriebliche Aufwand (GuV-Posten 10-12) 2016 insgesamt etwa auf Vorjahresniveau (+0,7 %). Durch die im Vergleich zu 2015 gesunkenen Gesamterträge ist das Betriebsergebnis vor Bewertung um 2,5 Mio. Euro zurückgegangen (-11,1 %).

Sofern bei einzelnen Wertpapieren kein Börsen- oder Marktpreis (aktiver Markt) vorlag, wurde der beizulegende Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt. Dabei hat die Stadt-Sparkasse Solingen die von ihrem Dienstleister zur Verfügung gestellten indikativen Kurse plausibilisiert.

Das Bewertungsergebnis hat sich gegenüber dem Jahr 2015 um 2,7 Mio. Euro verbessert. Dies ist auch auf das Bewertungsergebnis im Wertpapierbereich zurückzuführen.

Insgesamt war es möglich, für das Geschäftsjahr 2016 eine zusätzliche Risikovorsorge in Höhe von 4,8 Mio. Euro durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zu treffen, wobei derzeit keine weitere Ansparung für die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) mehr erforderlich ist.

	GuV-Pos.	2016	2015	Veränderung	
		Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	%
Zinsergebnis	1,2,3,4	54.767	56.901	-2.134	-3,8
Provisionsergebnis	5,6	17.300	18.000	-700	-3,9
Nettoergebnis aus Handelsgeschäften	7	484	-30	514	
Sonstige betriebliche Erträge	8,9	6.175	5.975	200	3,3
Gesamterträge		78.726	80.846	-2.120	-2,6
Verwaltungsaufwand	10	52.077	52.231	-154	-0,3
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	11	1.690	1.733	-43	-2,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12	4.848	4.256	592	13,9
Betriebsergebnis vor Bewertung		20.111	22.626	-2.515	-11,1
Bewertungsergebnis (saldiert)	13 – 16	-4.911	-7.574	2.663	
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	18	4.839	1.941	2.898	
Steuern	23,24	6.357	9.102	-2.745	-30,2
Jahresüberschuss		4.004	4.009	-5	-0,1

Kennziffer Aufwands/Ertragsrelation*	2016 72,8	2015 70,5
(Wert bereinigt um Sondereffekt im Rahmen der Steuerung von zinstragenden Positionen)	(71,3)	(69,2)

* Verwaltungsaufwand und AfA auf immat. Anlagewerte u. Sachanlagen in % zu (Zinsergebnis + Provisionsergebnis + Nettoergebnis aus Handelsgeschäften + sonst. betriebliche Erträge - sonstige betriebliche Aufwendungen)

3.2 Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Stadt-Sparkasse Solingen war im Jahr 2016 jederzeit gegeben. Liquiditätskredite bei Kreditinstituten wurden nur im Rahmen der täglichen Disposition bzw. im Liquiditätsmanagement unter Beachtung von kurzfristigen Wertpapierfälligkeiten in Anspruch genommen.

Gemäß der Liquiditätsverordnung (LiqV) wird die Liquidität als ausreichend bewertet, wenn die in einem Monat zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Zahlungsabflüsse decken. Die so errechnete Liquiditätskennzahl muss mindestens 1,0 betragen. Diese Relation betrug zum Ende des Vorjahrs 2,60. Die Mindestkennzahl wurde weder im Laufe des Jahrs 2016 noch zum Bilanzstichtag (2,24) unterschritten. Damit überschreitet die Stadt-Sparkasse Solingen die geforderte Liquiditätskennzahl gem. LiqV weiterhin um mehr als 100 %.

Ergänzend ist seit dem 01.10.2015 die tägliche Einhaltung der kurzfristigen Liquiditätskennziffer Liquidity Coverage Ratio (LCR) sicherzustellen. Die in 2016 gültige Mindestquote von 70 % wurde jederzeit eingehalten und betrug zum Jahresende 110,07 %.

3.3 Vermögenslage

Per 31.12.2016 betrug die Sicherheitsrücklage der Stadt-Sparkasse Solingen 144,4 Mio. Euro. Zudem wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken per 31.12.2016 um 4,8 Mio. Euro auf 69,6 Mio. Euro aufgestockt. Vom Jahresüberschuss in Höhe von 4,0 Mio. Euro werden voraussichtlich 2,4 Mio. Euro der Sicherheitsrücklage nach den entsprechenden Beschlüssen zugeführt.

Seit dem 01.01.2014 gelten die Eigenmittelanforderungen der CRR/CRD IV (Capital Requirements Regulation / Capital Requirements Directive IV). Danach bilden die Gewinnrücklage sowie der Fonds für allgemeine Bankrisiken – unter Beachtung einiger Abzugspositionen – das harte Kernkapital. In Relation zu den Eigenmittelanforderungen gemäß CRR ergab sich per 31.12.2016 eine harte Kernkapitalquote von 15,3 %.

Zusammen mit dem Ergänzungskapital, das hauptsächlich aus stillen Reserven besteht, errechnete sich zum 31.12.2016 eine Gesamtkapitalquote von 20,2 %. Im gesamten Geschäftsjahr lag diese in einer Bandbreite von 20,2 % bis 20,6 %; die Eigenkapitalanforderungen wurden zu jeder Zeit eingehalten. Die Stadt-Sparkasse Solingen überschreitet deutlich den in der CRR vorgeschriebenen Mindestwert von 8,625 %, wobei der Anteil des Kernkapitals mindestens 6,0 % betragen muss und 0,625 % auf den in 2016 zu erfüllenden Kapitalerhaltungspuffer aus hartem Kernkapital entfallen.

Die Aufsichtsbehörden beurteilen und messen regelmäßig die Risiken, denen die einzelnen Kreditinstitute ausgesetzt sind. Diese Tätigkeit wird als Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) bezeichnet. Dazu gehört auch ein einheitlich ermittelter individueller Kapitalzuschlag zur zusätzlichen Risikoabsicherung. Für die Stadt-Sparkasse Solingen wurde dieser SREP-Zuschlag für 2016 erstmalig ermittelt. Dieser betrug zum 31.12.2016 2,6 %.

Insgesamt ergab sich demnach per 31.12.2016 für die Stadt-Sparkasse Solingen ein Soll-Wert bei den Kapitalanforderungen von 11,225 %, der auch im Jahresverlauf deutlich übererfüllt wurde.

Die Bewertung der Aktiva und Passiva entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Alle Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Die Wertpapiere wurden, wie in den Vorjahren, nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Es erfolgten keine Umwidmungen von Wertpapieren des Umlaufvermögens in das Anlagevermögen. Bei der Bemessung der Wertberichtigungen und Rückstellungen ist allen erkennbaren Risiken in ausreichendem Maße Rechnung getragen worden.

Insgesamt stellt sich die Lage der Stadt-Sparkasse Solingen zum Zeitpunkt der Berichtserstellung weiterhin noch gut dar.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Förderung gemeinnütziger/karitativer Einrichtungen und Projekte

Als Institute der Bürgerinnen und Bürger gestalten die Sparkassen das wirtschaftliche Leben aktiv mit und leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und sozialen Balance in Deutschland. Mit ihrem gesellschaftlichen Engagement tragen die Sparkassen dazu bei, die Lebensqualität in den Regionen zu steigern.

Verlässlich und beständig engagiert sich die Stadt-Sparkasse Solingen Jahr für Jahr für Sport und Kultur, für die Wirtschaft der Region und für soziale Projekte, denn ohne aktive Vereine, eine reichhaltige Kultur und eine gesunde Wirtschaftsstruktur geht der Zusammenhalt verloren. "Sparkasse. Gut für Solingen." lautet daher das Motto.

In 2016 wurden insgesamt rd. 852 Tsd. Euro (einschl. PS-Zweckertrag) für gemeinnützige Zwecke gespendet und weitere 1.600 Tsd. Euro (abzgl. Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag) werden gemäß Beschluss des Trägers für Zwecke des Gemeinwohls zur Verfügung gestellt.

Stadt-Sparkasse Solingen stellt sich für die Zukunft neu auf

Die Geschäftsstellenstruktur stammt aus einer Zeit, als Kunden auch für Basisdienstleistungen regelmäßig die Filiale aufsuchten. Dies ist heute so nicht mehr der Fall. Daher gilt es, das Geschäftsstellennetz neu auszurichten. Ein Teil der Standorte wird dabei noch stärker auf die steigenden Beratungserfordernisse ausgerichtet. Hierzu wird nachhaltig in Immobilien, Personal sowie in die Service- und Beratungsqualität investiert. So wurden beispielsweise die Öffnungszeiten der Geschäftsstelle Mitte ausgeweitet. Andere Geschäftsstellen, an denen Beratungsangebote kaum noch nachgefragt werden, sowie nah beieinanderliegende Filialen, werden in Selbstbedienungsstandorte umgewandelt. Im 2016 erfolgte dies an den Standorten Merscheid, Widdert, Mangenberg, Weyer und Fronhof.

C. Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement und Risikocontrolling

Risikomanagementziele

Wichtigstes Ziel des Risikomanagements ist es, sicherzustellen, dass alle für die Stadt-Sparkasse Solingen wesentlichen Risiken durch die vorhandene Risikodeckungsmasse laufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit zu jeder Zeit gewährleistet ist. Unter Beachtung der gesetzlichen, satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen sollen dabei nur überschaubare Risiken eingegangen werden, ohne die sich bietenden Marktchancen auszulassen. Die Ziele für die einzelnen Risikoarten leiten sich dabei aus der festgelegten Geschäfts- und Risikostrategie ab. Zur Zielerreichung setzt die Stadt-Sparkasse Solingen auf eine breite Diversifizierung der Anlagen und geschäftlichen Aktivitäten, die wiederum eine Steuerung und Risikomessung unterschiedlicher Kategorien erforderlich macht.

Risikomanagementsystem

Die Risikosteuerung der Stadt-Sparkasse Solingen wird durch den Vorstand wahrgenommen. Basis hierfür ist vor allem das interne Berichtswesen aus der Abteilung Controlling. Diese ist verantwortlich für die Erfassung der Risiken und die Einhaltung von Limiten. Es werden im Sparkassenverbund entwickelte Modelle eingesetzt. Die gesamte Risikosteuerung und -überwachung erfolgt in Organisationseinheiten, die nicht im Markt tätig sind, bzw. durch den Vorstand. Darüber hinaus sind Risikoidentifikation, -messung und -steuerung Prüffelder der Internen Revision.

Die vom Vorstand festgelegte Risikodeckungsmasse wird in Form von Risikolimiten auf einzelne Risikoarten budgetiert. Die ermittelten Risikowerte werden dem Risikolimit gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe der Risikodeckungsmasse begrenzt. Sie wird, ebenso wie das Risikodeckungspotential, laufend überprüft. Zur Steuerung der Risiken ist ein Reportingsystem installiert, auf dessen Basis der Vorstand regelmäßig unterrichtet wird. Ergänzt wird das regelmäßige Reporting durch eine Ad-hoc-Berichterstattung bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung. Auf Basis der Berichte sind fundierte Steuerungsmaßnahmen durch den Vorstand möglich. Der Vorstand erörtert vierteljährlich die Risikolage im Risikoausschuss.

Für die Messung von Adressenausfallrisiken, Liquiditätsrisiken, Marktpreisrisiken und operationellen Risiken kommen verschiedene Methoden wie "Value-at-Risk-Ansatz", Expertenschätzung, Durchschnitts- und Höchstbetragsberechnungen zum Einsatz. Die einzelnen Risikofaktoren werden hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die Vermögenslage, die Ertragslage oder die Liquiditätslage beurteilt.

Weiterhin erfolgen Sensitivitätsanalysen, bei denen besonders starke Veränderungen unterstellt werden. Unabhängig davon werden mit separaten Stresstest-Berechnungen auch außergewöhnliche, aber plausible mögliche Ereignisse abgebildet.

Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden auch derivative Finanzinstrumente eingesetzt (siehe Abschnitt „Zinsänderungsrisiken“). Einzelheiten zu den Geschäften sind im Anhang zum Jahresabschluss unter "Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten" aufgeführt.

Die eingerichteten Risikomanagementsysteme sind dem Profil und der Strategie der Stadt-Sparkasse Solingen angemessen.

Die Prozesse zur Risikosteuerung werden regelmäßig und anlassbezogen überprüft und gegebenenfalls angepasst, z.B. wenn sich Vorteile bei der Effizienz und/oder Effektivität ergeben.

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiko versteht die Stadt-Sparkasse Solingen das Risiko, dass eine natürliche oder juristische Person, gegenüber welcher die Sparkasse einen bedingten oder unbedingten Anspruch hat, nicht oder nicht fristgerecht leistet (z.B. Ausfall von Krediten). Ebenso beinhaltet es das Risiko, dass die Sparkasse gegenüber einem Dritten aufgrund des Ausfalls einer Person in Leistung treten muss (z.B. Avale oder Bürgschaften), sowie das finanzielle Risiko der Sparkasse in Bezug auf Beteiligungen und auch die Emittentenrisiken aus Eigenanlagen.

Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Als Basis für die Steuerung von Kreditrisiken nutzt die Stadt-Sparkasse Solingen seit dem Jahr 2002 das einheitliche Rating der Sparkassen-Finanzgruppe.

Firmenkunden werden grundsätzlich mit dem StandardRating oder dem KundenKompaktRating bewertet. Für Bauträger, Wohnungsbaugesellschaften und Investoren findet das ImmobiliengeschäftsRating Anwendung. Bei Privatkunden wird das KundenScoring eingesetzt. Darüber hinaus werden die Ergebnisse aus externen Ratings und die Eingruppierung öffentlicher Stellen herangezogen. Die Rating-/Scoring-Einstufung ist weitgehend auch Grundlage für die Ermittlung risikoadjustierter Kreditkonditionen, Kreditentscheidungskompetenzen, die Begrenzung von Blankokrediten einzelner Engagements bei Neugeschäftsentscheidungen, das Verfahren zur Risikofrüherkennung einschließlich WatchList.

Die folgenden Übersichten verdeutlichen die wesentlichen Strukturmerkmale der adressenrisikobehafteten Positionen (insbesondere Kreditgeschäft und Eigenanlagen):

1. Zusammensetzung des Kreditportfolios			
Zuordnung nach Einzelkreditnehmern		Kreditvolumen 31.12.2016	
		in Mio. Euro	in %
Kredite an Privatpersonen		1.103	37,5
davon	KK-Kredite	119	4,0
	Kreditkarten	68	2,4
	Konsumentenkredite	28	0,9
	Wohnungsbaukredite	819	27,8
	sonstige Kredite	69	2,4
	kommunalverbürgte Kredite	1	0,0
Kredite an Unternehmen / Selbständige		1.059	36,0
davon	KK-Kredite	130	4,4
	Kreditkarten	15	0,5
	Wohnungsbaukredite	452	15,4
	Wechsel, Avale	38	1,3
	sonstige Kredite	386	13,1
	kommunalverbürgte Kredite	37	1,3
sonstige Kreditnehmer (Wegen fehlendem Hauptwirtschaftszweig)		3	0,1
Risikotragendes Kundenkreditvolumen (einschl. kommunalverbürgte Kredite)		2.164	73,6
Kredite an öffentliche Haushalte		215	7,3
Risikotragendes Kundenkreditvolumen (einschl. kommunalverbürgte Kredite und öffentliche Haushalte)		2.379	80,9
Forderungen an Banken und sonst. Nichtbanken		551	18,7
davon	Kredite an KI	39	1,3
	Wertpapiere	453	15,4
	Schuldscheinforderungen	11	0,4
	Anteilsbesitz / Beteiligungen	47	1,6
Sonstige (ohne Kundenkredite)		11	0,4
Kreditvolumen nach § 19 Abs. 1 KWG		2.941	100,0

Datenbasis: Gesamtrisikobericht 31.12.2016

2. Darstellung der Branchenstruktur		
Zuordnung nach Einzelkreditnehmern	31.12.2016	
	Gesamt- volumen (inkl. offener Zusagen) in Mio. Euro	Anteil am Ge- samt- volumen in %
Privatkunden	1.103	46,3
Summe Kredite an Unternehmen	1.059	44,5
Land- u. Forstwirtschaft	1	0,1
Energie- und Wasserversorgung	40	1,7
Verarbeitendes Gewerbe	179	7,5
Baugewerbe	85	3,6
Kraftfahrzeughandel	22	0,9
Großhandel	31	1,3
Einzelhandel	56	2,4
Verkehr, Nachrichten	18	0,8
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	26	1,1
Gastgewerbe	13	0,6
Grundstücks- u. Wohnungswesen	254	10,7
Dienstl. für Unternehmen	64	2,7
Beratung, Planung, Sicherheit	135	5,7
Öff. u. private Dienstleistungen	27	1,1
Gesundheit und Soziales	97	4,1
Organ. ohne Erwerbszwecke	10	0,4
Bauträger	1	0,0
Öffentliche Haushalte	215	9,0
Sonstige (Sammel- Hauptwirtschaftszweige)	3	0,1
Gesamt	2.379	100,0

Datenbasis: Gesamttrisikobericht 31.12.2016

3. Darstellung des Kreditbestands nach Ratingklassen ohne Wertpapiere und Beteiligungen			
Zuordnung nach Einzelkreditnehmern		31.12.2016	
		Gesamtvolumen (inkl. offener Zusagen) in Mio. Euro	Anteil am Gesamtvolu- men in %
erste Adresse	1AAAA	214	9,0
	1AAA	10	0,4
	1AA	516	21,7
	1A	378	15,9
	2	161	6,8
	3	155	6,5
	Gesamt	1.434	60,3
gute Bonität	4	150	6,3
	5	194	8,2
	Gesamt	344	14,5
Normal- adresse	6	123	5,2
	7	129	5,4
	8	90	3,8
	Gesamt	342	14,4
erhöhtes Risiko	9	58	2,4
	10	56	2,4
	11	19	0,8
	Gesamt	133	5,6
Risikokunden	12	27	1,1
	13	17	0,7
	14	17	0,7
	15	10	0,4
	15(B)	1	0,0
	15(C)	2	0,1
	Gesamt	74	3,0
Ausfallkunden	16	3	0,1
	17	9	0,4
	18	18	0,8
	Gesamt	30	1,3
Ratinglücke		22	0,9
Gesamt:		2.379	100,0

Datenbasis: Gesamttrisikobericht 31.12.2016

4. Darstellung der Eigenhandelsstruktur nach Risikoklassen			
Buchwerte		31.12.2016	
		in Mio. €	in %
Handelsbestand gesamt		0	0,0
Aktien, Aktienfonds (inkl. Durchschau Spezialfonds)		35	7,7
	davon Rohstoffe	0	0,0
festverz. WP (inkl. Durchschau Spezialfonds)	Rating AAA bis A-	261	57,2
	Rating BBB+ bis BBB-	101	22,0
	Rating BB+ bis B-	29	6,3
	Rating CCC-D	0	0,1
	ohne Rating S&P oder Moody's	0	0,0
	Eigenbestand IHS (ohne Rating)	1	0,1
	Summe	391	85,8
	davon Non-Investment-Grade	29	6,4
	davon öffentliche Haushalte	80	17,5
	davon gedeckte Schuldverschr.	90	19,7
Offene Immobilienfonds (inkl. BGV*)		11	2,4
Tages- / Termingelder Spezialfonds		8	1,7
Sonstige		11	2,4
Wertpapierbestand insgesamt		456	100,0
nachrichtlich:			
Kurswert Publikumsfonds insgesamt		20	4,5
Kurswert größte Einzelposition Publikumsfonds		5	1,1

*BGV = BGV Bayerische Grundvermögen AG.
Datenbasis: Gesamtrisikobericht 31.12.2016

Veränderungen der Risikolage werden vierteljährlich in Berichtsform zusammengefasst und dem Vorstand sowie dem Aufsichtsorgan zur Kenntnis gegeben.

Schwerpunktmäßig kommen die Ausleihungen der Stadt-Sparkasse nach wie vor dem örtlichen Mittelstand zugute; dabei stellt sich der Anteil des verarbeitenden Gewerbes im Verbandsvergleich überdurchschnittlich dar. Gleichwohl sind erhöhte Risiken aus der Struktur der Ausleihungen im abgelaufenen Jahr nicht erkennbar geworden. Kreditsicherheiten werden zur Reduzierung der Ausfallrisiken im notwendigen Umfang hereingenommen.

Um eine frühzeitige Steuerung des Adressenrisikos vornehmen zu können, hat die Stadt-Sparkasse Solingen das „OSPlus-Frühwarnsystem“ implementiert. Auf Basis der in diesem System festgelegten quantitativen und qualitativen Faktoren ist eine Früherkennung von Kreditrisiken noch besser möglich.

Der Betrag der Neubildungen von Einzelwertberichtigungen liegt weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Im mehrjährigen Vergleich zeigen die konstant niedrigen Direktabschreibungen sowie die Entwicklung von Netto- und Bruttozuführungen zu Wertberichtigungen eine insgesamt stabile Risikolage. Daher konnten die bestehenden internen Limite im Vergleich zum Vorjahr beibehalten werden.

Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Aufgrund des überschaubaren Umfangs der Beteiligungen wird deren Risiko vierteljährlich pauschal ermittelt. Im Hinblick auf die unverändert angespannte Situation einiger Landesbanken wird dem Beteiligungsrisiko aus Verbundbeteiligungen in der Risikotragfähigkeitsberechnung ein hohes Gewicht beigemessen. Im Berichtsjahr kam es zu keiner Limitüberschreitung. Der Risikolage wird durch die Einrechnung hoher Abschläge auf die Beteiligungswerte bei der Tragfähigkeitsbetrachtung entsprochen. Aufgrund des geringen Umfangs der Beteiligungen ist keine nennenswerte Veränderung der Risikowerte zu erwarten.

Marktpreisrisiken

Die Stadt-Sparkasse Solingen definiert Marktpreisrisiken als die Gefahr negativer Preis- und Kursveränderungen von Aktien, Anleihen, Fonds und Währungen aufgrund von Marktbewegungen bzw. Veränderungen der Zinsstrukturkurve oder von Volatilitäten.

Zinsänderungsrisiken

Für die passive Steuerung des barwertigen Zinsänderungsrisikos werden monatlich nahezu alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht unter Einbeziehung zinssichernder Swappeschäfte abgebildet (per Jahresende insgesamt 90,0 Mio. Euro). Für Produkte mit optionalen Bestandteilen sowie mit unbestimmten Zinsbindungen wurden entsprechende Annahmen getroffen.

Zusätzlich werden vierteljährlich anhand von Szenarioberechnungen die Auswirkungen von Zinsänderungen auf die Ertragslage (Zinsspannenrisiko) berechnet.

Die Stadt-Sparkasse Solingen steuert das Zinsänderungsrisiko konsequent passiv mit Ausrichtung an einer geeigneten Benchmark mit moderater Fristentransformation. Die Risikoausprägung im Bereich der Zinsänderungsrisiken ist tendenziell durchschnittlich.

Kursrisiken

Die tägliche Berichterstattung erstreckt sich auf die mit Kursrisiken behafteten Handelsgeschäfte, die relevanten Limite und deren aktueller Auslastungen. Darüber hinaus enthält der Bericht das täglich ermittelte Ergebnis (Handelsergebnis) in Form von kumuliert dargestellten Jahresergebnissen sowie die Bewertung der mit Kursrisiken behafteten Positionen.

Über die ermittelten Kursrisiken aus Handelsgeschäften wird ein vierteljährlicher Gesamtrisikobericht erstellt und der Geschäftsleitung zur Verfügung gestellt. Dieser Bericht enthält einen Überblick über die Risiko- und Ergebnisentwicklung.

Die in den letzten Jahren aufgetretenen Bewertungsschwankungen sind in erster Linie auf die konsequente Anwendung des strengen Niederstwertprinzips zurückzuführen. Der Schwerpunkt der ermittelten Risiken lag im Bereich der (Spezial-)Fonds. Die Risikowerte bewegten sich 2016 im Rahmen der festgelegten Limite.

Währungsrisiken

Durch eingerichtete Materialitäts- und Volumenschwellen werden Währungsrisiken auf einen für die Risikosteuerung zu vernachlässigenden Betrag eingegrenzt.

Fazit

Aus den aufgeführten Marktpreisrisiken sind keine Belastungen zu erwarten, die die Risikotragfähigkeit der Stadt-Sparkasse Solingen gefährden könnten. Insofern ist von einer im Wesentlichen gleichbleibenden Risikolage auszugehen. Diese Annahme wurde in den Vorjahren durch das jederzeitige Einhalten der Risikotragfähigkeit uneingeschränkt bestätigt.

Liquiditätsrisiken

Unter Liquiditätsrisiko versteht die Stadt-Sparkasse Solingen die aktuelle oder zukünftige Gefahr, dass benötigte Zahlungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschafft oder angelegt werden können. Die Liquiditätsrisiken werden in Zahlungsunfähigkeitsrisiken und Refinanzierungskostenrisiken unterschieden.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, dass Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht zeitnah nachgekommen werden kann. Das Refinanzierungskostenrisiko ist als die Gefahr definiert, dass bei Bedarf nicht ausreichend Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann. Im Gegensatz zum Zahlungsunfähigkeitsrisiko, welches aufgrund seiner besonderen Eigenart nicht sinnvoll mit ökonomischem Kapital unterlegt werden kann, wird das Refinanzierungskostenrisiko im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung begrenzt und gesteuert. Die Einbindung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos in die Risikosteuerungsprozesse erfolgt in einem zweiten Steuerungskreis (anhand einer Liquiditätsablaufbilanz), bei der die Auswirkungen eines möglichen, verstärkten Mittelabflusses analysiert werden.

Die Stadt-Sparkasse Solingen verfügt über eine einwandfreie Bonität, die Liquiditätsbeschaffung konnte jederzeit im erforderlichen Umfang über die Sparkassen-Finanzgruppe sowie den Geld- und Kapitalmarkt problemlos vorgenommen werden. Darüber hinaus ist der überwiegende Teil des Wertpapierbestands kurzfristig beleihbar.

Liquiditätsengpässe waren in der Vergangenheit nicht feststellbar und werden auch künftig nicht erwartet. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Der Unterlegungsbetrag für das operationelle Risiko wird nach dem Basisindikatoransatz ermittelt. Das Management operationeller Risiken ist Teil der Risikostrategie der Stadt-Sparkasse Solingen. Allgemeines Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen operationelle Risiken auf ein Minimum zu beschränken. Zur Messung und Steuerung wird sowohl eine Vergangenheitsauswertung, als auch eine in die Zukunft gerichtete Betrachtung vorgenommen. Die jeweils im Vorjahr aufgetretenen Schadensfälle werden anonymisiert an eine zentrale Schadensfalldatenbank gemeldet. Die statistische Auswertung aller zurückgespielten bundesweit gesammelten Schadensfälle ermöglicht eine Standortbestimmung im Vergleich zu den anderen Sparkassen. Für die bisherigen Vergleichszeiträume weist die Stadt-Sparkasse Solingen eine – gemessen an der Bilanzsumme – mittlere Schadenshäufigkeit und Schadenshöhe auf.

Aufgrund der Vielschichtigkeit von operationellen Risiken existieren in der Stadt-Sparkasse Solingen Regelungen und Maßnahmen zur Begrenzung dieser Risiken. Potenziellen Schäden durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeitern oder Dritten begegnet die Sparkasse mit entsprechenden Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit regelmäßig von der Internen Revision überwacht wird. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch bedarfsgerechte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt und im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems überprüft. Für technische Risiken existieren entsprechende Notfallsysteme, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Ferner werden operationelle Risiken durch die Auswahl zuverlässiger Dienstleister vermindert. Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen. Zur Abwendung von Rechtsrisiken werden aktuelle Vertragsvordrucke des Deutschen Sparkassen Verlags genutzt und bei außerhalb des Standards liegenden Verträgen die eigene Fachabteilung eingebunden. Im Bedarfsfall wird zusätzlich eine externe Rechtsberatung hinzugezogen. Die Gesamtverantwortung für die Steuerung, Überwachung und Kontrolle operationeller (wie auch der übrigen) Risiken obliegt dem Vorstand.

Seit Jahren sind keine gravierenden Schäden durch schlagend gewordene operationelle Risiken aufgetreten. Die bedeutendsten Schadensfälle sind Folgen der aktuellen Rechtsprechung zur Widerrufsbelehrung bei Darlehen. Es handelt sich um ein bestehendes Rechtsrisiko gekoppelt mit einer schweren Abschätzbarkeit des Risikos einer Inanspruchnahme. Für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen gebildet.

Sonstige Risiken

Hier sind die Risiken im Zusammenhang mit der EAA zu nennen. Diesem Risiko wird im Rahmen des RSGV-Ansparmmodells durch ausreichende Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken Rechnung getragen. Darüber hinaus sieht die Stadt-Sparkasse Solingen aufgrund des vorhandenen Risikodeckungspotenzials auch für den eventuell notwendigen Fall der Bildung einer entsprechenden Rückstellung keine untragbare Belastung für ihre Risikotragfähigkeit. Die Einzelheiten zu den ergriffenen Maßnahmen sind im Teil D (Prognosebericht) beschrieben.

Gesamtrisikosituation

Das Gesamtbankrisiko war durch die vorhandene Risikodeckungsmasse jederzeit ausreichend abgesichert. Bei einer Gesamtkapitalquote nach CRR von 20,23 % per 31.12.2016 wird der vorgeschriebene Mindestwert von 8,625 % (und 9,25% für 2017) deutlich überschritten. Damit sind auch zukünftig Geschäftsausweitungen möglich. Die Auslastung der Risikolimites lag während des Geschäftsjahrs deutlich unterhalb der auf Gesamtbankenebene festgelegten Grenzen. Die Stadt-Sparkasse Solingen steuert ihre Risiken in einer dem Geschäftsumfang und der Risikointensität angemessenen Weise. Die Risikolage ist als ausgewogen zu beurteilen.

D. Prognosebericht

Die folgenden Ausführungen erstrecken sich auf einen Prognosezeitraum von einem Jahr. Grundlage der Einschätzungen sind die gesamtwirtschaftlichen Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute. Ob die tatsächliche Entwicklung den Erwartungen entspricht, wird – außer von den üblichen Prognoseunsicherheiten – in naher Zukunft weiterhin besonders durch die politischen und ökonomischen Unsicherheiten beeinflusst. Die Daten des Jahres 2016 zeigen für Deutschland zunächst eine durchaus positive Ausgangslage: ein solides BIP-Wachstum, gestiegene Beschäftigung, gesunkene Arbeitslosigkeit, ein Plus im Staatshaushalt. Einige Rahmenbedingungen haben sich jedoch im Verlauf des Jahres verschlechtert. Vor allem sind die politischen Risiken (inkl. Terrorgefahr) größer geworden. Mit dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt ist der islamistische Terror endgültig in Deutschland angekommen und verunsichert die Gesellschaft. Auch der Brexit-Entscheid und die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika bergen (auch ökonomische) Risiken. Es wird abzuwarten bleiben, inwiefern die USA ein verlässlicher Handelspartner bleiben oder verstärkt eine protektionistische Haltung einnehmen werden. Die aktuellen Stimmungsindikatoren der Wirtschaftsforschungsinstitute zeigen daher auch eine gewisse Unsicherheit über die künftige konjunkturelle Entwicklung bei einer gleichzeitig positiven Einschätzung der aktuellen Situation. Die Stadt-Sparkasse Solingen verfügt über Instrumente und Prozesse, um den Einfluss möglicher Entwicklungen auf die eigenen Planwerte zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen (s. Teil C „Chancen- und Risikobericht“).

Gemäß den Prognosen der großen Wirtschaftsforschungsinstitute wird für 2017 trotz schwieriger Rahmenbedingungen ein Wirtschaftswachstum von ca. 1,3 % erwartet. Den höchsten Wachstumsbeitrag erwarten die Wirtschaftsforscher von den privaten und staatlichen Konsumausgaben, allerdings dürfte der Zuwachs bei den privaten Konsumausgaben geringer ausfallen als 2016.

Im Jahresdurchschnitt werden nach Einschätzung der großen Wirtschaftsforschungsinstitute erneut mehr Menschen erwerbstätig sein als im Vorjahr. Beim verfügbaren Einkommen wird ein weiterer Anstieg erwartet. Auch unter Berücksichtigung einer steigenden Inflationsrate dürften somit mehr Mittel für den privaten Konsum und/oder das Sparen zur Verfügung stehen. Die Wirtschaftsforscher prognostizieren eine Sparquote auf einem ähnlichen Niveau wie 2016.

Sowohl die Ausrüstungs- als auch die Bauinvestitionen werden das Wachstum 2017 weiter beflügeln, wobei sich die Dynamik bei den Bauinvestitionen gegenüber 2016 abschwächen dürfte.

Der Außenhandel wird in 2017 voraussichtlich deutlich zunehmen, sowohl auf der Import- als auch auf der Exportseite. Da die Wirtschaftsforschungsinstitute ein stärkeres Wachstum der Importe als der Exporte prognostizieren, wird erneut ein negativer Außenbeitrag erwartet, der das gesamtwirtschaftliche Wachstum leicht drücken dürfte. Mögliche Risiken für den Außenhandel sind u. a. der Brexit sowie eine mögliche Änderung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Zunehmender Protektionismus in der wichtigsten Wirtschaftsmacht der Welt wäre negativ für den deutschen Außenhandel und könnte über die kurzfristigen negativen Effekte hinaus mittel- bis langfristig zu einer Gegenentwicklung zur Globalisierung führen, mit entsprechenden Wohlfahrtsverlusten.

Die bergischen Unternehmen bleiben für 2017 überwiegend noch optimistisch. Sie rechnen weiterhin mit stabilen Erträgen. Auch die Investitionsbudgets sollen aufgestockt werden. Denn einerseits belebt sich die Nachfrage, andererseits können die geplanten Investitionen kostengünstig aus Eigen- und Fremdmitteln finanziert werden. Während die Finanzierung kein gravierender Risikofaktor ist, schieben sich jetzt die Arbeitskosten an die erste Stelle der unternehmerischen Risiken. Gefahren sieht die regionale Wirtschaft auch im Exportgeschäft sowie bei den Energie- und Rohstoffpreisen.

Auch wenn aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten marktweit nicht von einem nennenswerten Wachstum im gewerblichen Kreditgeschäft ausgegangen werden kann, werden bei den Kunden der Stadt-Sparkasse Solingen noch Wachstumspotenziale gesehen. Aufgrund der grundsätzlich optimistischen Einschätzung der regionalen Unternehmen hinsichtlich der Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Lage, geht die Sparkasse davon aus, auch 2017 ein leichtes Wachstum im gewerblichen Kreditgeschäft realisieren zu können.

Im Konsumentenkreditgeschäft ist auf Gesamtmarktebene mit einer Stagnation zu rechnen. Die Gründe dafür liegen in steigenden verfügbaren Einkommen, dem niedrigen Zinsniveau und einer tendenziell stagnierenden Sparquote, die zu einer zunehmenden Finanzierung der Konsumausgaben aus laufenden Einkommen führt. Dennoch geht die Stadt-Sparkasse Solingen davon aus, aufgrund ihrer Marktpositionierung eine leichte Belebung im Konsumentenkreditgeschäft erzielen zu können. Noch positiver stellt sich das Bild im privaten Wohnungsbaukreditgeschäft dar. Aufgrund der nach wie vor günstigen Finanzierungsmöglichkeiten für Erwerber rechnet die Sparkasse damit, dass es im privaten Wohnungsbaukreditgeschäft erneut zu einem moderaten Wachstum kommt. Insgesamt rechnet die Stadt-Sparkasse Solingen mit einer moderaten Ausweitung des Kreditvolumens, die abhängig von der Kreditnachfrage der Unternehmen und der Dynamik des Wohnungsbaukreditgeschäfts auch geringer ausfallen kann.

Trotz des schwierigen Marktumfelds geht die Stadt-Sparkasse Solingen davon aus, dass sich der Bestand an Kundeneinlagen erneut leicht erhöhen wird. Mögliche Gründe dafür sind im steigenden verfügbaren Einkommen, der ausbleibenden Wiederanlage fälliger Anlagen und auch in steigenden Volumina der Umschichtungen aus anderen Bankgruppen zu sehen. Der bereits seit längerem andauernde Trend zur Umschichtung der Gelder in liquide Anlageformen wird voraussichtlich auch 2017 fortbestehen. Sollten die Aktienmärkte stabil bleiben, ist es möglich, das Wertpapiergeschäft nach einem deutlichen Rückgang 2016 wieder leicht auszuweiten. Die Entwicklung hängt davon ab, inwieweit insbesondere die Kleinanleger wieder Vertrauen in die Märkte fassen.

Die derzeitigen Rahmenbedingungen, insbesondere das dauerhaft niedrige Zinsniveau und die unvermindert starke Konkurrenzsituation, erschweren es in immer stärkerem Maße, ausreichende Margen zu erzielen. Insofern erwartet die Sparkasse für 2017 einen leichten Rückgang des Zinsüberschusses. In den folgenden Jahren ist damit zu rechnen, dass die negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Ertragslage der Sparkasse noch spürbar zunehmen.

Im Zusammenhang mit der prognostizierten erneut positiven Entwicklung im Wohnungsbaukreditgeschäft sieht die Sparkasse noch Potenzial für eine weitere moderate Ausweitung des Bauspargeschäfts. Im Lebens- und Rentenversicherungsgeschäft sieht die Sparkasse trotz des Absatzzrückgangs in 2016 die Möglichkeit, durch geeignete Vertriebsmaßnahmen ein leichtes Wachstum zu realisieren, da zunehmend in das Bewusstsein der Menschen rückt, dass eine private Altersvorsorge unabdingbar ist. Insgesamt wird, abhängig vor allem von der Entwicklung des Wertpapier- und Versicherungsgeschäfts, wieder eine moderate Erhöhung des Provisionsergebnisses erwartet.

Die Verwaltungsaufwendungen werden sich 2017 voraussichtlich leicht erhöhen.

Insgesamt erwartet die Stadt-Sparkasse Solingen für 2017 aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen leicht negative Auswirkungen auf die Rentabilität.

Auch in Zukunft soll weiterhin das haftende Eigenkapital vor dem Hintergrund der neuen Eigenkapitalvorschriften nach Basel III gestärkt und damit Risikovorsorge getroffen werden.

Die Vermögenslage der Stadt-Sparkasse Solingen wird für die Zukunft als unverändert gut eingeschätzt. Hinsichtlich der per 01.01.2014 in Kraft getretenen Vorschriften der CRR/CRD IV (Capital Requirements Regulation/Capital Requirements Directive IV) bleibt die Mindestkapitalquote von 8 % bestehen – wobei der Anteil des Kernkapitals mindestens 6 % betragen muss; hinzu kam in 2016 ein Kapitalerhaltungspuffer von 0,625 %, der nur aus Kernkapital gebildet werden kann. Bis 2019 erhöht sich dieser Puffer jährlich rätierlich auf 2,5 %. Auch unter Beachtung des unter Punkt B.3.3 erläuterten SREP-Zuschlags von 2,6 % erfüllt die Stadt-Sparkasse Solingen die Eigenkapitalanforderungen deutlich über die Mindestanforderungen hinaus.

Da die Sparkasse insgesamt mit einer unverändert guten Finanzlage rechnet, sieht sie sich auch in Zukunft in der Lage, allen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen und die gesetzlich geforderten Kennzahlen zu erfüllen.

Nicht in der Bilanz enthaltene finanzielle Verpflichtungen

Indirekte Haftung für die Erste Abwicklungsanstalt (EAA)

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen.

Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. Euro als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen.

Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2016 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus dem Gewinn des jeweiligen Geschäftsjahrs eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (1,6074 %). Zum 31.12.2016 beträgt der Anteil 1,5377 %.

Die im Zuge der Übernahme der Ausgleichsverpflichtungen vereinbarte Überprüfung des Vorsorgebedarfs im Jahr 2016 hat ergeben, dass die Voraussetzungen für eine Aussetzung zum 31.12.2015 erfüllt waren. Neben dem Erreichen des vereinbarten kumulierten Mindestvorsorgevolumens lässt der Abwicklungsplan der Erste Abwicklungsanstalt derzeit erwarten, dass ein Verlustausgleich nicht zu leisten sein wird. Die Aussetzung erfolgte unbefristet, wird jedoch regelmäßig überprüft.

Die bis zum 31.12.2014 gebildete bilanzielle Vorsorge von 7,3 Mio. Euro in Form der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB bleibt von der Aussetzung unberührt. Die im Zusammenhang mit der Aufstellung des Jahresabschlusses 2015 vorgenommene Dotierung in Höhe von 1,2 Mio. Euro führen wir als Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB fort.

Solingen, im März 2017

Vorstand

Grunwald

Kartenberg

Tangemann

Bericht des Verwaltungsrates

Der Rat der Stadt Solingen hat in seiner Sitzung am 23. Juni 2016 den Sparkassenorganen Entlastung für das Geschäftsjahr 2015 erteilt.

Der Verwaltungsrat trat im Jahr 2016 zu sieben Sitzungen zusammen, in denen er Berichte des Vorstandes über die Wirtschafts- und Geschäftslage entgegennahm, Fragen der Geschäftspolitik erörterte und die erforderlichen Beschlüsse fasste.

Der Jahresabschluss 2016 und der Lagebericht wurden von der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt und damit testiert, dass Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Gemäß § 15 Abs. 2 d) SpkG NRW hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2016 festgestellt und den Lagebericht für das Jahr 2016 gebilligt.

Die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 4.003.940,78 Euro erfolgt nach § 25 SpkG NRW. Der Verwaltungsrat schlägt gemäß § 24 Abs. 4 Satz 2 SpkG NRW der Vertretung des Trägers vor, einen Betrag von 2.403.940,78 Euro der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Darüber hinaus schlägt der Verwaltungsrat vor, einen Betrag von 1.200.000,00 Euro unmittelbar dem Träger zur Verfügung zu stellen mit der Maßgabe, diesen Betrag (nach Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag) als Gewinnverwendung gemäß § 25 Abs. 3 SpkG NRW zu verwenden.

Weiter schlägt der Verwaltungsrat vor, auf die Zuführung des restlichen Betrages von 400.000,00 Euro an den Träger mit der Maßgabe zu verzichten, dass der Verwaltungsrat selbst diesen Betrag (nach Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag) als Gewinnverwendung gemäß § 25 Abs. 3 SpkG NRW unmittelbar Dritten zur Erfüllung gemeinwohlorientierter örtlicher Aufgaben des Trägers oder für gemeinnützige Zwecke zuführt und damit auf die Förderung des kommunalen, bürgerschaftlichen und trägerschaftlichen Engagements, insbesondere in den Bereichen Bildung und Erziehung, Soziales und Familie, Kultur und Sport sowie Umwelt, beschränkt.

Solingen, 21. Juni 2017

Verwaltungsrat

Kurzbach, Vorsitzender

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2016

der **Stadt-Sparkasse Solingen**

Sitz
eingetragen beim Amtsgericht
Register Nr.

Kölner Str. 68-72, 42651 Solingen
Wuppertal
A 20345

Land

Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk

Düsseldorf

	Euro	Euro	Euro	31.12.2015 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		19.421.307,35		11.946
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>36.348.680,67</u>		<u>79.147</u>
			55.769.988,02	91.093
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-		-
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		2.957.593,68		12.171
b) andere Forderungen		<u>11.233.905,45</u>		<u>26.297</u>
			14.191.499,13	38.468
4. Forderungen an Kunden			1.770.943.498,77	1.637.458
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	994.741.074,96 Euro			(944.063)
Kommunalkredite	<u>194.136.261,24 Euro</u>			<u>(184.471)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
			-,-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		70.062.700,00		49.356
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	70.062.700,00 Euro			(49.356)
bb) von anderen Emittenten		<u>203.811.713,06</u>		<u>237.816</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	199.622.528,64 Euro		273.874.413,06	287.172
				(228.978)
c) eigene Schuldverschreibungen			617.017,45	482
Nennbetrag	584.000,00 Euro			(468)
			274.491.430,51	287.654
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			157.075.725,79	156.456
6a. Handelsbestand			-,-	-
7. Beteiligungen			46.787.446,64	31.533
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			-,-	-
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
9. Treuhandvermögen			919.437,13	1.304
darunter:				
Treuhandkredite	919.437,13 Euro			(1.304)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		56.758,00		74
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		-,-		-
			56.758,00	74
12. Sachanlagen			16.307.385,02	16.533
13. Sonstige Vermögensgegenstände			4.040.981,03	15.438
14. Rechnungsabgrenzungsposten			165.326,83	248
15. Aktive latente Steuern			-,-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
Summe der Aktiva			2.340.749.476,87	2.276.259

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2015 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		3.733.070,97		720
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>195.896.692,18</u>		<u>260.088</u>
			199.629.763,15	<u>260.808</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	554.587.563,26			560.482
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>133.852.669,27</u>			<u>98.558</u>
		688.440.232,53		659.040
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	1.136.426.563,39			1.009.166
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>54.117.117,07</u>			<u>89.856</u>
		1.190.543.680,46		1.099.023
			1.878.983.912,99	<u>1.758.063</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		5.824.652,10		7.198
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			(-)
			5.824.652,10	7.198
3a. Handelsbestand			-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			919.437,13	1.304
darunter:				
Treuhandkredite	919.437,13 Euro			(1.304)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			2.716.382,66	5.119
6. Rechnungsabgrenzungsposten			1.583.728,09	1.992
6a. Passive latente Steuern			-,-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		17.056.906,00		17.716
b) Steuerrückstellungen		<u>-,-</u>		<u>980</u>
c) andere Rückstellungen		<u>14.975.077,43</u>		<u>10.972</u>
			32.031.983,43	29.667
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			-,-	-
10. Genussrechtskapital			1.078.454,00	1.369
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	549.838,00 Euro			(573)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			69.570.800,00	64.732
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	490.800,00 Euro			(491)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	144.406.422,54			141.997
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>			<u>-</u>
		144.406.422,54		141.997
d) Bilanzgewinn		<u>4.003.940,78</u>		<u>4.009</u>
			148.410.363,32	<u>146.006</u>
Summe der Passiva			2.340.749.476,87	2.276.259
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>47.356.184,64</u>		<u>23.751</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			47.356.184,64	23.751
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>121.112.329,82</u>		<u>114.157</u>
			121.112.329,82	114.157

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2015 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>56.747.437,35</u>			<u>59.691</u>
darunter:				
aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>4,02 Euro</u>			<u>(0)</u>
abgesetzte negative Zinsen aus Geldanlagen	<u>155.473,78 Euro</u>			<u>(34)</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>3.952.717,66</u>			<u>5.131</u>
		<u>60.700.155,01</u>		<u>64.822</u>
2. Zinsaufwendungen		<u>12.031.975,70</u>		<u>14.444</u>
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>6.683,63 Euro</u>			<u>(13)</u>
abgesetzte positive Zinsen aus Geldaufnahmen	<u>28.640,97 Euro</u>			<u>(8)</u>
			<u>48.668.179,31</u>	<u>50.378</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>4.742.220,01</u>		<u>5.528</u>
b) Beteiligungen		<u>1.356.618,36</u>		<u>995</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>-,-,-</u>		<u>-</u>
			<u>6.098.838,37</u>	<u>6.523</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			<u>-,-,-</u>	<u>-</u>
5. Provisionserträge		<u>18.239.300,85</u>		<u>18.890</u>
6. Provisionsaufwendungen		<u>939.486,38</u>		<u>890</u>
			<u>17.299.814,47</u>	<u>18.000</u>
7. Nettoertrag (Vorjahr Nettoaufwand) des Handelsbestands			<u>483.538,51</u>	<u>30</u>
8. Sonstige betriebliche Erträge			<u>6.175.024,95</u>	<u>5.975</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>118.111,68 Euro</u>			<u>(883)</u>
aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>1.630.667,00 Euro</u>			<u>(-)</u>
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>-,-,-</u>	<u>-</u>
			<u>78.725.395,61</u>	<u>80.846</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>30.339.702,66</u>			<u>30.722</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>7.728.846,47</u>			<u>8.676</u>
darunter: für Altersversorgung	<u>2.802.616,09 Euro</u>	<u>38.068.549,13</u>		<u>39.399</u>
				<u>(3.600)</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>14.008.392,16</u>		<u>12.832</u>
			<u>52.076.941,29</u>	<u>52.231</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>1.689.510,87</u>	<u>1.733</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>4.848.488,04</u>	<u>4.256</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>1.808,83 Euro</u>			<u>(4)</u>
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>2.243.267,96 Euro</u>			<u>(2.267)</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>5.438.068,15</u>		<u>5.814</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>-,-,-</u>		<u>-</u>
			<u>5.438.068,15</u>	<u>5.814</u>
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			<u>-,-,-</u>	<u>1.760</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>527.073,85</u>		<u>-</u>
			<u>527.073,85</u>	<u>1.760</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<u>-,-,-</u>	<u>-</u>
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>4.838.516,00</u>	<u>1.941</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>10.360.945,11</u>	<u>13.111</u>
20. Außerordentliche Erträge		<u>-,-,-</u>		<u>-</u>
21. Außerordentliche Aufwendungen		<u>-,-,-</u>		<u>-</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			<u>-,-,-</u>	<u>-</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>6.100.566,59</u>		<u>8.843</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>256.437,74</u>		<u>259</u>
			<u>6.357.004,33</u>	<u>9.102</u>
25. Jahresüberschuss			<u>4.003.940,78</u>	<u>4.009</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>-,-,-</u>	<u>-</u>
			<u>4.003.940,78</u>	<u>4.009</u>
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		<u>-,-,-</u>		<u>-</u>
b) aus anderen Rücklagen		<u>-,-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-,-</u>	<u>-</u>
			<u>4.003.940,78</u>	<u>4.009</u>
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		<u>-,-,-</u>		<u>-</u>
b) in andere Rücklagen		<u>-,-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-,-</u>	<u>-</u>
29. Bilanzgewinn			<u>4.003.940,78</u>	<u>4.009</u>

Anhang zum Jahresabschluss 2016

1. Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Im Jahr 2016 haben wir erstmals negative Zinsen in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert ausgewiesen.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1. Allgemeine Angaben

Von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres sind wir in Bezug auf die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen abgewichen. Im Einzelnen haben wir die Änderung bei den Angaben zu den Rückstellungen erläutert.

Für den Jahresabschluss 2016 waren erstmals die Änderungen durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) vom 23.07.2015 zu beachten. Aufgrund von § 284 Abs. 1 HGB ergeben sich gegenüber dem Vorjahr Abweichungen in der Reihenfolge der Angaben zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

Die in den Angaben zu Posten Aktiva 4 und Passiva 2 "Forderungen und Verbindlichkeiten an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht" angegebenen Vorjahresbeträge sind mit den Beträgen des Geschäftsjahres nicht vergleichbar, weil sich die Zusammensetzung der Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, verändert hat.

2.2. Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit und Namensschuldverschreibungen haben wir zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen; sie werden planmäßig auf die Zinsbindungsdauer bzw. die Laufzeit, dann max. fünf Jahre, verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt. Zusätzlich haben wir Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute getroffen.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden - wie Vorfälligkeitsentgelte - unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Wertpapiere

Die Zuordnung von Wertpapieren zur Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) oder zum Anlagevermögen haben wir im Geschäftsjahr nicht geändert.

Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert.

Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Wertpapiere, die dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (Anlagevermögen), wurden ebenfalls nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Angesichts der anhaltenden Diskussion über die Staatsverschuldung im Euro-Währungsraum haben wir nähere Erläuterungen zum Risiko von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten in den Lagebericht aufgenommen. Die entsprechenden Wertpapiere sind ausschließlich Bestandteile von Spezialfonds. Von einer dauernden Wertminderung sind wir nicht ausgegangen.

Sofern bei einzelnen Wertpapieren kein Börsen- oder Marktpreis (aktiver Markt) vorlag, wurde der beizulegende Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt. Dabei haben wir insbesondere die von unserem Dienstleister zur Verfügung gestellten indikativen Kurse plausibilisiert.

Beteiligungen

Die Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder sowie voraussichtlich vorübergehender Wertminderung, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden. Die Beteiligungsbewertung erfolgt nicht auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 (Ertragswertverfahren), da die Art bzw. der betragsliche Umfang unserer Beteiligungen dies rechtfertigen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Sachanlagen und die immateriellen Anlagewerte, die nach Inkrafttreten des BilMoG angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Vor Inkrafttreten des BilMoG angeschaffte Vermögensgegenstände schreiben wir unter Nutzung der Übergangsmöglichkeiten des BilMoG (Artikel 67 Abs. 4 EGHGB) weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen ab. Niedrigere Wertansätze auf Sachanlagevermögen, die aus der Übernahme steuerrechtlicher Regelungen resultierten (§ 6b EStG), haben wir ebenfalls nach Artikel 67 Abs. 4 EGHGB fortgeführt.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 Euro werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten von mehr als 150 Euro bis 1.000 Euro bzw. bei Software bis 410 Euro wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Software wurde nach den Grundsätzen des Rechnungslegungsstandards HFA 11 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. bilanziert.

Aktive latente Steuern

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

2.3. Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Rückstellungen

Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Hierzu haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. In Einzelfällen haben wir dabei auch auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt eine Abzinsung. Die Abzinsung erfolgt mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungszinssatzes sind wir grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunkts der Änderungen des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,5 % und Rentensteigerungen von 1,5 % unterstellt.

Der Abzinsung der Pensionsrückstellungen wurde ein auf das Jahresende 2016 prognostizierter Durchschnittszinssatz von 4,0 % zugrunde gelegt. Aufgrund des langfristig niedrigen Zinsniveaus vermindert sich der gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung für die Bewertung der Pensionsrückstellungen heranzuziehende Abzinsungssatz weiter stetig. Aus diesem Grund erfolgte mit dem Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung von handelsrechtlichen Vorschriften eine Verlängerung des Bezugszeitraums für die Ermittlung des durchschnittlichen Abzinsungssatzes von sieben auf zehn Jahre.

Aus der geänderten Abzinsungsvorschrift ergibt sich insgesamt eine Verminderung der Pensionsrückstellungen um 1.631 Tsd. Euro (Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB), die als sonstiger ordentlicher Ertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird.

Die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbare langfristig fällige Verpflichtungen wurden in Anwendung von § 253 Abs. 2 S. 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurden dem Sonderposten gemäß § 340g HGB neue Mittel zugeführt.

2.4. Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 "Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuch)" nach der Barwertmethode bewertet. Dieses Bankbuch umfasst alle Kunden-, Eigenanlage- und zur Zinsbuchsteuerung abgeschlossene Zinsswapgeschäfte mit vergleichbarer maximaler Zinsbindungsdauer. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

2.5. Bilanzierung und Bewertung von Derivaten

Die Sparkasse setzt Derivate im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen.

Derivate, die nicht in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen wurden, halten wir nicht.

Strukturierte Produkte wurden einheitlich bilanziert und verbunden bewertet. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des IDW.

2.6. Ausweis in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang

Die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden in Übereinstimmung mit unserer internen Steuerung in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen.

Der Ausweis der Ergebnisse der Währungsumrechnung erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. In den Ausweis haben wir auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen.

Negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften sowie Überschussguthaben bei der Bundesbank wurden im Zinsertrag ausgewiesen. Positive Zinsen aus Geldaufnahmen wurden im Zinsaufwand ausgewiesen.

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

2.7. Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in Euro

Nicht dem Handelsbestand zugeordnete oder nicht in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB aufgenommene, auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung beseitigt wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um laufende Konten von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind.

Die Aufwendungen und Erträge der besonders gedeckten Geschäfte wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden unabhängig von der Restlaufzeit erfolgswirksam berücksichtigt und im sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Die Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger wurden erfolgswirksam vereinnahmt und analog ausgewiesen.

Auf Fremdwährung lautende Bargeldbestände wurden zum Kassakurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

3. Sonstige Erläuterungen zur Bilanz

3.1. Aktiva

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

	<u>Euro</u>	<u>Euro i. Vj.</u>
Forderungen an die eigene Girozentrale	34.378,84	12.104.502,37
In dem Unterposten b) andere Forderungen sind nachrangige Forderungen in Höhe von enthalten	11.214.027,87	26.266.578,29
Der Unterposten b) andere Forderungen setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen		
bis drei Monate	19.877,58	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	6.000.000,00	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.000.000,00	
mehr als fünf Jahre	0,00	

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.234.409,34	10.475.819,62
nachrangige Forderungen	9.229,26	11.337,04
Der Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	55.268.077,24	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	104.567.813,84	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	535.222.810,93	
mehr als fünf Jahre	1.016.567.940,61	
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	58.966.655,78	

Aktiva 5 - Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

Beträge, die bis zum 31.12.2017 fällig werden	100.281.500,00	
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
börsennotiert	264.666.066,77	
nicht börsennotiert	9.825.363,74	

In dem folgenden Unterposten sind nachrangige Vermögensgegenstände in Höhe des jeweils angegebenen Betrags enthalten

b) Anleihen und Schuldverschreibungen	0,00	4.602.026,44
---------------------------------------	------	--------------

Aktiva 6 - Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

börsennotiert	4.456.274,13 Euro
nicht börsennotiert	9.770.490,00 Euro

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an Sondervermögen im Sinn des § 1 Absatz 10 des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB), die nachfolgend nach Anlagezielen gegliedert dargestellt sind:

	Buchwert Mio. Euro	Marktwert Mio. Euro	Diff. Marktwert - Buchwert Mio. Euro	Ausschüttung 2016 Mio. Euro
Rentenfonds:				
Spezialfonds Graf-Engelbert II Der Fonds ist ein Rentenfonds mit einer schwerpunktmäßigen Investition in dänische Staatsanleihen und Pfandbriefe, wobei das Währungsrisiko gehedged ist.	15,5	16,8	1,3	0,4
Spezialfonds Graf-Adolf II Der Fonds ist ein Rentenfonds mit einer Investition im Investmentgrade-Bereich von europäischen Unternehmen mit einer sehr breiten Streuung (Einzelwert i. d. R. nicht größer als 300 Tsd. Euro).	34,1	36,0	1,9	0,6
Mischfonds:				
Spezialfonds Graf-Engelbert I Die Anlage erfolgt zu 68 % in Rentenpapieren (überwiegend Staats- und andere besicherte Anleihen) und zu 32 % in europäischen Standardaktien. Z. Z. entfallen ca. 15 % des Fondsvermögens auf High Yields.	68,4	87,1	18,7	2,2
Spezialfonds Graf-Adolf I Die Anlage erfolgt zu 40 % in Aktien (Euro-Stoxx-Werte) sowie zu 60 % in Renten (überwiegend europäische Staatsanleihen und Pfandbriefe) und liquide Mittel. In Anbetracht der bevorstehenden Auflösung des Fonds wurden Fälligkeiten nicht wieder angelegt.	31,5	31,5	0,0	0,7

Bei allen Investmentfonds ist eine tägliche Rückgabe möglich.
Es wurden keine Abschreibungen unterlassen.

Aktiva 6a - Handelsaktiva

Innerhalb des Geschäftsjahrs haben wir die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.
Die im Jahresverlauf gehaltenen Handelsbestände wurden vor Jahresende verkauft.

Aktiva 7 - Beteiligungen

Angaben zu Unternehmen im Sinne von § 271 Abs. 1 HGB, soweit diese nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name, Sitz	Anteil am Kapital %	Eigenkapital * Tsd. Euro	Jahresergebnis 2016 Tsd. Euro
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf	1,54	879.021	
RSL Beteiligungs-GmbH & Co KG, Düsseldorf	2,29	86.647	7.219
Erwerbsgesellschaft S-Finanzgruppe, Berlin	0,25	3.264.309	46.371
Stadtwerke Solingen GmbH (Bereich Versorgung), Solingen	8,50	62.859	10.176

* Eigenkapital und Jahresergebnis entsprechen dem Stand gemäß letztem festgestellten Jahresabschluss per 31.12.2015, für RSL Beteiligungs-GmbH & Co KG und Stadtwerke Solingen GmbH per 30.09.2016.

** Die Ausgabe des Jahresergebnisses ist entfallen, da das Beteiligungsunternehmen seinen Jahresabschluss nicht offenzulegen hat.

Bei der Stadtwerke Solingen GmbH verfügt die Stadt-Sparkasse Solingen über 8,5 % der Stimmrechte.

Bei der Parkhaus Keldersplatz GbR, Solingen, ist die Stadt-Sparkasse Solingen unbeschränkt haftender Gesellschafter.

Aktiva 9 - Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

Aktiva 12 - Sachanlagen

In diesem Posten sind enthalten:	<u>Euro</u>
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	5.526.484,01

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten sind enthalten:	<u>Euro</u>	<u>Euro i. Vj.</u>
Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	92.564,39	165.939,98

Aktiva 15 - Aktive latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes von 15 % zzgl. hierauf 5,5 % Solidaritätszuschlag und einem Gewerbesteuersatz von 16,625 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden: Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Beteiligungen, Sachanlagen, Rückstellungen.

Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

Aufgrund der Regelungen des Investmentsteuergesetzes ergeben sich im Fall der Veräußerung von Investmentanteilen Steuerbe- und entlastungseffekte, die zulässigerweise nicht in die Berechnung der latenten Steuern einbezogen wurden.

Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von	3.205.161,33
---	--------------

Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagenspiegel)

Sachanlagevermögen in Euro	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Immaterielle Anlagewerte
Anschaffungskosten			
Stand am 1.1.2016	70.727.107,23	25.057.730,36	1.885.611,42
Zugänge	784.427,81	691.841,19	35.704,77
Abgänge	0,00	723.446,39	698.984,31
Umbuchungen	0,00	0,00	0,00
Stand am 31.12.2016	71.511.535,04	25.026.125,16	1.222.331,88
kumulierte Abschreibungen			
Stand am 01.01.2016	57.290.919,83	21.961.071,76	1.811.983,42
Abschreibungen im Geschäftsjahr	782.604,05	872.241,05	34.665,77
Zuschreibungen im Geschäftsjahr	0,00	0,00	0,00
Änderung der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit Zugängen	0,00	0,00	0,00
Änderung der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit Abgängen	0,00	676.561,51	681.075,31
Stand am 31.12.2016	58.073.523,88	22.156.751,30	1.165.573,88
Buchwert am 31.12.2016	13.438.011,16	2.869.373,86	56.758,00
Buchwert am 31.12.2015	13.436.187,40	3.096.658,60	73.628,00

Finanzanlagevermögen in Euro	Schuldver- schreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an Wohnungsbau- genossen- schaften	Sonstige Vermögens- gegenstände
Anschaffungskosten					
Stand am 01.01.2016	0,00	68.737.282,77	42.882.924,74	92.550,00	101.019,73
Kumulierte Veränderungen					
2016	0,00	-11,71	3.904.521,90	-12.000,00	0,00
Buchwert am 31.12.2016	0,00	68.737.271,06	46.787.446,64	80.550,00	101.019,73
Buchwert am 31.12.2015	0,00	68.737.282,77	31.532.696,86	80.550,00	101.019,73

Passiva 7 - Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und deren Ansatz nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt zum 31.12.2016 1.630.667 Euro. Dieser Betrag unterliegt der Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 S. 2 HGB.

Passiva 10 - Genussrechtskapital

In diesem Posten sind 4 Genussrechte mit einem Nominalvolumen von 1,1 Mio. Euro enthalten. Die Genussrechte verbriefen das Recht auf eine jährliche Zinszahlung, sofern durch die Ausschüttung kein Bilanzverlust entsteht oder dieser hierdurch nicht vergrößert wird.

4. Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Eventualverbindlichkeiten

In diesem Posten werden für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

5. Gesamtbetrag der Schulden in Fremdwährung

Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 2.873.976,81 Euro.

6. Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für die folgenden in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Sicherungsabtretung von Kreditforderungen an die NRW.Bank für Weiterleitungsmittel in Höhe von 126.999.233,61 Euro.

7. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten folgende Aufwendungen, die einem anderen Geschäftsjahr zuzurechnen sind:

Aufwendungen aus der vorzeitigen Schließung von Swaps im Rahmen der Zinsrisikosteuerung in Höhe von 1.532.048,21 Euro

8. Ausschüttungssperre

Für die Ausschüttung gesperrte Beträge bestehen in Höhe von 1.630.667,00 Euro.
Diese betreffen den Unterschiedsbetrag bei den Altersversorungsverpflichtungen (im Einzelnen vgl. Bilanzposten Passiva 7).

9. Sonstige Angaben

9. 1. Kapitalrendite

Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2016 beträgt 0,171 %.

9. 2. Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten

Die Sparkasse hat im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken Deckungsgeschäfte in Form von Swapgeschäften abgeschlossen.

Zum Bilanzstichtag gliedern sich die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente, bei denen es sich ausschließlich um OTC-Produkte handelt, wie folgt:

	Nominalbeträge in Mio. Euro				Beizulegende Zeitwerte ¹⁾ in Mio. Euro	Buchwerte in Mio. Euro
	nach Restlaufzeiten			Insgesamt		
	bis 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte						
Zinsswaps	30,0	0,0	60,0	90,0	-4,1	
davon: Deckungsgeschäfte	30,0	0,0	60,0	90,0	-4,1	
Zinsswaps	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
davon: Deckungsgeschäfte	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	

¹⁾ Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean-price).

Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen und somit nicht einzeln bewertet. Für die Swapgeschäfte wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31.12.2016 Verwendung.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich um deutsche Kreditinstitute.

9.3. Nicht in der Bilanz enthaltene finanzielle Verpflichtungen

Indirekte Haftung für die Erste Abwicklungsanstalt (EAA)

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen.

Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. Euro als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen.

Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2016 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus dem Gewinn des jeweiligen Geschäftsjahrs eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (1,6074 %). Zum 31.12.2016 beträgt der Anteil 1,5377 %)

Die im Zuge der Übernahme der Ausgleichsverpflichtungen vereinbarte Überprüfung des Vorsorgebedarfs im Jahr 2016 hat ergeben, dass die Voraussetzungen für eine Aussetzung zum 31.12.2015 erfüllt waren. Neben dem Erreichen des vereinbarten kumulierten Mindestvorsorgevolumens lässt der Abwicklungsplan der Erste Abwicklungsanstalt derzeit erwarten, dass ein Verlustausgleich nicht zu leisten sein wird. Die Aussetzung erfolgte unbefristet, wird jedoch regelmäßig überprüft.

Die bis zum 31.12.2014 gebildete bilanzielle Vorsorge von 7,3 Mio. Euro in Form der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB bleibt von der Aussetzung unberührt. Die im Zusammenhang mit der Aufstellung des Jahresabschlusses 2015 vorgenommene Dotierung in Höhe von 1,2 Mio. Euro führen wir als Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB fort.

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrags vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2016 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2017 unverändert.

Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind.

Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus 1 Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) überprüft. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zzt. nicht erhoben.

Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2015 der RZVK wurden die Rentenleistungen in diesem Jahr zu etwa 26 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli eines Jahres um 1 % ihres Betrages erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 26,1 Mio. Euro im Jahr 2016 2,0 Mio. Euro.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung.

Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2016 ermittelt. Unabhängig davon, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, ist es gemäß IDW RS HFA 30 für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB anteilig in Abzug zu bringen. Auf dieser Basis beläuft sich der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebende Betrag auf 42,3 Mio. Euro. Der dabei berücksichtigte Vermögensdeckungsgrad beträgt 27,2%.

Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1% ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2016 verwendet. Aufgrund der Änderung von § 253 Abs. 2 S. 1 HGB durch das „Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften wurde erstmals der durchschnittliche Marktzins der vergangenen zehn Jahre (im Vorjahr sieben Jahre) zur Abzinsung herangezogen.

9.4. Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a) für die Abschlussprüfungsleistungen	215 Tsd. Euro
b) für andere Bestätigungsleistungen	29 Tsd. Euro
c) für sonstige Leistungen	<u>0 Tsd. Euro</u>
Gesamthonorar	<u><u>244 Tsd. Euro</u></u>

9.5. Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	346
Teilzeit- und Ultimokräfte	<u>179</u>
	525
Auszubildende	<u>37</u>
Insgesamt	<u><u>562</u></u>

9.6. Angaben zu Organmitgliedern

Vorstand

Stefan Grunwald, vorsitzendes Mitglied

Manfred Kartenberg, Mitglied

Andreas Tangemann, stellvertretendes Mitglied

Zusätzlich sind mit Herrn Reinhold Atts und Herrn Hermann Nett (bis 31.01.2017) zwei Verhinderungsvertreter bestellt.

Zum 01.01.2017 wurde mit Herrn Sebastian Greif ein Generalbevollmächtigter bestellt.

Verwaltungsrat

Mitglieder:

Oberbürgermeister
Tim Kurzbach
vorsitzendes Mitglied

Stellvertreter:

Ulrich Uibel
Oberbürgermeister a.D.
selbst. Geschäftsführer einer Immobilien-
verwaltung
1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Ramona Engels
Assistentin im Corporate Category Management

Reiner Daams
Referatsleiter im Ministerium für Bauen und
Verkehr NRW
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Ursula Linda Kurzbach
Referentin im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW

Franz Haug
Oberbürgermeister a.D.
Rechtsanwalt in einer Partnerschaft

Jan Welzel (bis 17.02.2016)
Geschäftsführer Wohlfahrtsverband
Carsten Voigt (ab 18.02.2016)
Betriebsleiter eines Edelstahlproduzenten

Bernd Krebs
Rentner
Kai Sturmfels
Rechtsanwalt in einer Anwaltssozietät
Iris Preuß-Buchholz
MdL

Frank Schütz
selbst. Immobilienkaufmann
Torsten Küster
Oberstudienrat im Schuldienst
Achim Fritsche
Diplom-Mathematiker, Lehrer im Schuldienst

Dr. Kay Zerlin
Regierungsdirektor im Ministerium für
Innovation, Wissenschaft und Forschung

Heinz Schreiber
Rentner

Erik Pieck
Einkäufer bei einem Träger der Alten- und
Wohnungslosenhilfe

Alexandra Mehdi
PR-/Eventmanagerin bei einem Medienunternehmen

Heinz Bender
Rentner

Martin Bender
Personalreferent in einem
kommunalen Versorgungsunternehmen

Vertreter der Dienstkräfte:

Sandra Klingelhöller
Fabian Blasberg
René Tzschabran
Kristian Winkelhoch
Sascha Ramm

Bettina Schilske
Lothar Krause
Tomas Zafirov
Carsten Buder
Christian Märkel

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 1.082 Tsd. Euro gewährt. Die gewährten Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse und Kreditzusagen) betragen 955,3 Tsd. Euro.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates (einschließlich stellvertretende Mitglieder) wurden im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 92,5 Tsd. Euro gewährt. Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse und Kreditzusagen) wurden in Höhe von insgesamt 5.707,0 Tsd. Euro ausgereicht.

Für die früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 750,2 Tsd. Euro gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 9.246,2 Tsd. Euro.

Berichterstattung über die Bezüge und andere Leistungen der Mitglieder des Vorstands sowie die Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der vom Verwaltungsrat gebildete Hauptausschuss zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat auf Grundlage des Jahresergebnisses nach Bewertungsmaßnahmen festgelegt. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	2016			
	Grundbetrag und allgemeine Zulage Tsd. Euro	Leistungszulage (erfolgsabhängig) Tsd. Euro	sonstige Vergütung Tsd. Euro	Gesamtvergütung Tsd. Euro
Stefan Grunwald vorsitzendes Mitglied	366	47	15	428
Manfred Kartenberg Mitglied	341	44	9	394
Andreas Tangemann stellv. Mitglied	234	15	11	260
Summe	941	106	35	1.082

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Diese werden gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG ermittelt.

Im Falle der Nichtverlängerung des Dienstvertrags hat Herr Grunwald Anspruch auf Zahlung eines Ruhegelds bis zum Eintritt des Versorgungsfalls, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihm zu vertreten ist. Der Anspruch beträgt bis zum 31.12.2017 45 %. Der Anspruch steigt im Falle einer Wiederbestellung regelmäßig um 5 %-Punkte auf max. 55 % an. Bei Herrn Kartenberg tritt mit Beendigung seines Dienstverhältnisses der Versorgungsfall ein. Herr Tangemann hat im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages Anspruch auf eine Abfindungszahlung in Höhe eines Jahresgehalts (ohne allgemeine Zulage und Leistungszulage), sofern die Nichtverlängerung nicht von ihm zu vertreten ist.

Hinsichtlich des Ruhegelds und der Versorgungsbezüge besteht eine Regelung für Hinterbliebenenbezüge.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands:

Vorstand	im Jahr 2016 der Pensionsrückstellung zugeführt Tsd. Euro	Barwert der Pensionsansprüche 31.12.2016 Tsd. Euro
Stefan Grunwald vorsitzendes Mitglied	136	1.153
Manfred Kartenberg Mitglied	149	3.006
Andreas Tangemann stellv. Mitglied	105	204
Summe	390	4.363

Die Altersversorgung beträgt maximal 55 % der festen Bezüge der Vorstandsmitglieder zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Erreichung des Rentenalters wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats (einschließlich stellvertretende Mitglieder) wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschließlich seiner Ausschüsse (Hauptausschuss/Bilanzprüfungsausschuss, Risikoausschuss und Bauausschuss) ein Sitzungsgeld von 281,21 Euro je Sitzung im ersten Halbjahr und 350,00 Euro im zweiten Halbjahr gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Außerdem erhalten die ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrats für die Tätigkeit im Verwaltungsrat bzw. Risikoausschuss einen jährlichen Pauschalbetrag von 1.533,88 Euro (anteilig gültig bis 30.06.2016) bzw. von 1.700,00 Euro (anteilig gültig ab 01.07.2016); die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2016 folgende Bezüge:

Heinz Bender	3.441,78 Euro
Reiner Daams	7.933,56 Euro
Franz Haug	14.287,79 Euro
Bernd Krebs	3.722,99 Euro
Tim Kurzbach	13.693,81 Euro
Erik Pieck	4.430,36 Euro
Iris Preuß-Buchholz	3.441,78 Euro
Kai Sturmfels	4.004,20 Euro
Ulrich Uibel	6.316,62 Euro
Dr. Kay Zerlin	6.883,56 Euro
Fabian Blasberg	6.883,56 Euro
Sandra Klingelhöller	6.316,62 Euro
Sascha Ramm	3.722,99 Euro
René Tzschabran	3.722,99 Euro
Kristian Winkelhoch	3.722,99 Euro
Summe	92.525,60 Euro

9.7. Sonstiges

Angabe der Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften, die durch den Vorstand oder andere Mitarbeiter der Sparkasse wahrgenommen werden

Das Vorstandsmitglied Manfred Kartenberg ist Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Solingen GmbH.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

Offenlegung der Angaben gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen durch Institute

Die nicht aus dem Jahresabschluss ersichtlichen offenzulegenden Angaben gemäß der Verordnung (EU) 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen sind auf der Internetseite der Sparkasse (www.sparkasse-solingen.de) unter der Rubrik "Ihre Sparkasse/Ihre Sparkasse vor Ort" veröffentlicht.

Solingen, 07. März 2017

Vorstand

Grunwald

Kartenberg

Tangemann

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

zum 31. Dezember 2016

("Länderspezifische Berichterstattung")

Die Stadt-Sparkasse Solingen hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Stadt-Sparkasse Solingen besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Stadt-Sparkasse Solingen definiert den Umsatz als Saldo folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands (Erträge/Aufwendungen saldiert) und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2016 78.725 Tsd. Euro.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 451.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 10.361 Tsd. Euro.

Die Steuern auf den Gewinn betragen 6.101 Tsd. Euro. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Stadt-Sparkasse Solingen hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadt-Sparkasse Solingen für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 bis 31.12.2016 geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 08. Mai 2017

Prüfungsstelle des
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Theemann
Wirtschaftsprüfer

Miltner
Verbandsprüferin